Nr. 127. Halle (Saale), Montag, den 3. Juni 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeldkosten extra. Für Kriegerfamilien 50 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die 6gespaltene 46 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 52 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1046. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Ausdehnung der Marnefront.

Andauernd heftige Kämpfe von Noyon bis Reims. Französische Angriffe auf Soissons gescheitert. Chaudun südlich Soissons und die Höhen westlich Chateau Thierry genommen.

Großes Hauptquartier, 2. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Artilleriekämpfe an vielen Stellen der Front. Englische Teilangriffe südlich der Lys und nördlich von Albert scheiterten unter schwersten Verlusten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Südöstlich von Noyon drängten wir den Feind trotz heftigen Widerstandes auf den Wald von Carlepont und von Montagne zurück. Wir nahmen die Höhen östlich von Montin-sous-Louvent und stark verbrauchte feindliche Linien westlich von Nouvron.

Im Angriff beiderseits des Ourcq-Flusses warfen wir den Feind über den Savieres-Abschnitt zurück und eroberten die Höhen von Passy und Courchamps.

An der Marne ist die Lage unverändert. Der auf dem Nordufer des Flusses gelegene Teil von Chateau-Thierry wurde vom Feinde gesäubert. Nordöstlich von Verneuil und beiderseits der Ardre heftige Gegenangriffe der Franzosen. Unter blutigen Verlusten wurde der Feind zurückgeschlagen. Oestlich von Reims drangen wir bei einem örtlichen Vorstoß in französische Gräben bei St. Leonard ein und nahmen die Besatzung des vorübergehend von uns besetzten Forts Pompelle gefangen.

Französisch-amerikanische Lager von gewaltiger Ausdehnung fielen bei Fere-en-Tardenois in unsere Hand. Weit über eine halbe Million Schuß Artillerie, unermeßliche Bestände an Pionier- und Fernsprechergeräten, mehr als tausend Fahrzeuge wurden hier erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

•

Großes Hauptquartier, 3. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Zeitweilig aufgelebter Artilleriekampf. Feindliche Teilangriffe westlich von Bailleul und nördlich der Lys wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zum Ersatz der durch unseren Angriff zerschlagenen französischen und englischen Armeekorps und zur Stützung der bisher von den Nachbararmeen eiligst auf das Schlachtfeld herangeführten und stark gelichteten Divisionen sind neue französische Verbände weit abgelegener Fronten in den Kampf getreten. Nördlich der Aisne versuchten sie vergeblich, die ihnen angewiesenen Stellungen zu halten. Wir schlugen sie in hartem Grabenkampf auf Moulin-sous-Louvent—St. Christophe—Bingre zurück. Südwestlich von Soissons wurde Chaudun genommen. Wir stießen im Angriff über den Savieres-Grund bis an den Ostrand der Wälder von Villers-Cotterete vor. Südlich der Ourcq führte der Feind heftige Gegenangriffe. Sie wurden blutig abgewiesen. Ueber Courchamps und Monthiers hinaus gewannen wir Boden und nahmen die Höhen westlich von Chateau-Thierry. An der Marne, zwischen Marne und Reims, ist die Lage unverändert.

Die auf das Schlachtfeld führenden, mit Truppenbewegungen stark belegten Bahnen wurden durch unsere Bombengeschwader erfolgreich angegriffen. Wir schossen 31 feindliche Flugzeuge ab. Leutnant Menthoff errang seinen 29. und 30., die Leutnants Loewenhardt und Udet ihren 25. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

•

Angriffe zur Wiedernahme von Soissons gescheitert.

Berlin, 2. Juni. (W. T. B.) Die schon gestern gemeldeten harten örtlichen Kämpfe bei Soissons haben sich zu einer großen Schlacht entwickelt. Der Gegner hatte alle verfügbaren Kräfte in einem Flankenstoße mit der Absicht zusammengefaßt, Soissons wieder zu nehmen.

Die dort befindlichen alten Stellungen gaben ihm vorzügliche Stützpunkte. Er ließ nichts unversucht. So attackierte Kavallerie bei Bucamp deutsche Bealeitbatterien, die unserer Infanterie auf dem Fuße folgten. Es gelang ihm, die Bespannung zu erreichen. Da wurde sie durch wohlgezieltes Feuer aufgerieben.

Am Nachmittag griff ein großes Tankgeschwader, aus der Linie Mézy—Chaudun kommend, zu beiden Seiten der großen Straße Paris—Soissons erfolglos an. Fünf der Tanks liegen westlich Vauxtain zerschossen im Gelände. Ueberaus starke feindliche Schlachtgeschwader griffen unsere Infanterie und Artillerie an, während zu gleicher Zeit Bombengeschwader des Innere der Stadt Soissons bewarfen. Die besten Truppen Frankreichs, das erste eiserne Korps, mit einer marokkanischen Division sind südwestlich Soissons eingesetzt. Sie hatten schwere Verluste. 2400 Gefangene sind schon gemeldet.

In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni flaute das Feuer bei Soissons ab. Mächtige Brände wüteten im Stadtinnern. Die beiden größten Herde befinden sich nördlich der Kathedrale und im östlichen Stadteil an der Aisne.

„Entscheidungsoperation größten Stils".

Bern, 1. Juni. (W. T. B.) Stegemann schreibt im Bund unter Hinweis darauf, daß die begonnene deutsche Offensive eine Entscheidungsoperation größten Stils darstelle, die nicht nach Einzelergebnissen, sondern nach dem Gesamterträgnis, das erst im Herbst abgeschätzt werden könne, beurteilt werden müsse: Das französische Verteidigungssystem ist zwischen Reims und Compiègne bis auf die Grundstellung aufgerissen. Die Deutschen haben den Zusammenhalt der Champagne-, Maas- und Vogesenfront mit der picardischen Front so gelockert, daß Foch heute schon die Verbindung Chalons—Paris nicht mehr als durchlaufende Transversale benutzen kann. Joffre besaß, als er im September 1914 Froni machte eine vom Feinde gelöste, neu aufgebaute Armee, die dem anstürmenden Feind in vorbereiteter Stellung zwischen Verdun und Paris mit umfassend ausgreifendem linken Flügel erwartete und über zahlreiche Reserven verfügte. Foch dagegen kann nichts anderes tun, als rückwärts gleitend eine neue Widerstandslinie zu suchen und muß zufrieden sein, wenn es ihm gelingt, an Marne und Ourcq eine Verteidigungsstellung einzunehmen und zum Stellungskrieg herzurichten, ehe der Gegner zu neuem Schlage ausholt.

Zeit atemloser Spannung. Rotterdam, 1. Juni. Dem Nieuwe Rotterdamsche Courant zufolge schreibt der militärische Sachverständige des Manchester Guardian: Die Lage ist kritisch und eine Zeit atemloser Spannung. Gerade jetzt kann nur ein Gegengriff die Lage vollständig zum Besten der Alliierten wiederherstellen. Die Entscheidung, wann er unternommen werden muß, ist eine schwere Probe auf das Können des Feldherrn.

Die Bahnverbindung Paris—Nancy unterbrochen.

Genf, den 2. Juni. (W. T. B.) Die Stadt Chateau-Thierry, ebenso die oberhalb der Marne gelegenen Ortschaften sind auf militärischen Befehl von der Zivilbevölkerung geräumt worden. In den Städten unterhalb Chateau-Thierry, La Ferté-sous-Jouarre und Meaux, die bereits zum Gürtel der Pariser Vorortbahn gehören, sind die Schulen geschlossen und die Spitäler geräumt worden. Die Zivilbevölkerung hat infolgedessen bereits zum größten Teile den Weg nach Paris angetreten. Eine große Beunruhigung besteht wegen der kaum abzuwendenden Gefahr der Abschneidung der großen Eisenbahnlinie von Paris nach Nancy. Das Kriegsministerium erläßt eine öffentliche Bekanntmachung, wonach dieser von militärischer Seite durch die Anlage von doppelgleisiger Verbindung zwischen Nancy und Belfort vorgebeugt worden ist. Der Verkehr würde, allerdings mit Verspätung, über Bitry-le-Francois, Troyes und Belfort aufrechterhalten werden können.

Französische Besorgnis.

Bern, 31. Mai. Einige große französische Blätter äußern ihre Besorgnis über das Schicksal der Eisenbahnlinien nach Chalons und Paris. Sie betonen, daß diese Linien wegen ihrer großen Wichtigkeit nach Möglichkeit geschützt werden müssen. Homme Libre erklärt, gerade in der Bedrohung dieser Eisenbahnen liege eine der ernsten Folgen des deutschen Vorstoßes. Matin erklärt, daß die deutsche Heeresleitung eine neue Strategie durchzuführen beabsichtigte, sie wolle nicht die Front durchbrechen oder umfrollen, sondern durch nacheinander folgende an verschiedenen Orten unternommene Stöße ihr Ziel erreichen. Matin erwartet weiter eine große Schlacht an der Linie Noyon—Chateau Thierry. Hervé erklärt in der Victoire: Wozu unsere Beklemmung verheimlichen, jetzt, wo ganz Frankreich den Ernst des deutschen Stoßes eingesehen hat? Gestern, am dritten Schlachttage, hat sich der Druck des Feindes nicht vermindert, sondern noch verstärkt. Die Resultate der Marneschlacht im September 1914 sind gefährdet. Wir bezahlen den Verrat Rußlands, wie schon die Engländer dafür bezahlt haben. Temps erklärt, das Schicksal Frankreichs stehe auf dem Spiele. Die Oeffentlichkeit setzt ihr Vertrauen in die Armee, damit Frankreich verteidigt und errettet werden könne. Sie erwarte auch, daß die französische Regierung im gegebenen Augenblicke die Lehren aus den Ereignissen zu ziehen wisse, begangene Fehler gutmache und unverzüglich alle durch die Umstände gebotenen Beschlüsse fassen werde.

Clemenceau soll Auskunft geben.

Zürich, 2. Juni. (Drahtmeldung.) Der Schweiz. Depeschentelegraph meldet aus Paris: In der Kammer sind zwei weitere Interpellationen eingebracht worden. Der Deputierte der Aisne, Dequise, will die Regierung über die militärische und politische Lage seit dem 20. März und über die Verantwortlichkeit der Regierung befragen, der Deputierte Doncet über die Notwendigkeit, die verantwortlichen Generäle in gleicher Weise wie die Soldaten zu bestrafen.

Eine sozialistische Abordnung, der die Deputierten Lafont, Mistral und Varenne angehören, wurde am Sonnabend abend von Clemenceau empfangen, der ihr Auskunft über die militärische Lage gab, besonders über die Gründe, die zum Rückzug der Truppen, bei Beginn der Offensive geführt haben. Die Abordnung hat der sozialistischen Kammergruppe über ihre Unterredung mit Clemenceau Bericht erstattet. Die Gruppe sagt heute erneut, um einen Beschluß über ihre Haltung zu fassen. Wie Gachin in der Heure mitteilt, legen die Sozialisten zurzeit weniger Wert darauf, die Regierung zu interpellieren, als von ihr Erklärungen über die militärische Lage in der Kammer zu erhalten.

Wie dieselbe Zeitung mitteilt, herrscht in den Wandelgängen der Kammer immer noch dieselbe Erregung, und die Deputierten besprechen leidenschaftlich die Auskünfte über die Lage, die man ihnen gibt.

Bern, 1. Juni. Clemenceau empfing gestern eine sozialistische Abordnung und besprach mit ihr verschiedene Fragen, namentlich die Kriegslage. Er erklärte, daß er eine Besprechung der Interpellation Cachin und Brunet über die militärischen Operationen nicht annehmen und eine entsprechende Erklärung am Dienstag in der Kammer abgeben werde.

Die Marnefront verbreitert. Berlin, 2. Juni. (Amtlich.) Mit der Einnahme des Nordteils von Chateau-Thierry und der Entfernung von Verneuil ist die Marnefront bereits auf mehr als 25 Kilometer verbreitert. Der spitze Stoßkeil hat sich zur breiten Kampflinie geformt.

Bevorstehender Rücktritt Haigs? Wie der Voss. Ztg. zufolge aus zuverlässiger Londoner Quelle berichtet wird, behaupten dortige militärische Kreise, die mit der Front in engster Fühlung stehen, General Haig beabsichtige wegen seines schlechten Gesundheitszustandes vom Oberbefehl der britischen Armee zurückzutreten. Man nennt als seinen Nachfolger bereits General Wilson, der mehr zur Politik Lloyd Georges passe als Haig.

Der französische Heeresbericht

vom 2. Juni, vormittags meldet: Der feindliche Druck dauert mit großer Stärke an der Front zwischen Oise und der Marne an. Die äußerst heftigen Versuche am Nordrande des Waldes von Carlepont und Chateau-Thierry wurden aufgehalten. Die französischen Truppen haben den Feind nördlich von diesem Orte zurückgeworfen. Mont-de-Choisy, hiermal von den Deutschen angegriffen, wurde von ihnen genommen, und von den Bajonetten der französischen Soldaten zurückerobert, welche es behaupteten. Die Deutschen bemächtigten sich der Orte Longponts, Courcy, Faverolles und Troenes. Aber durch einen energischen Gegenangriff eroberten die Franzosen diese Ortschaften neuerdings zurück. An der Marne haben die Deutschen die Höhen westlich von Chateau-Thierry erreicht. Die Franzosen halten den am linken Ufer gelegenen Teil der Stadt. Heftige Kämpfe finden an der Straße Dormans—Reims statt, welche die Deutschen südlich von Olisy, Violanes und Ville-en-Tardenois ein wenig überschritten. An der Front von Reims keine Veränderung.

Lenin über den Friedensschluß von Brest-Litowsk.

In der Plenarsitzung des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees und des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten am 14. Mai hielt Lenin eine größere programmatische Rede, die jetzt von der offiziösen Nordd. Allg. Ztg. als nicht uninteressant ziemlich ausführlich wiedergegeben wird. Nach dieser Wiedergabe führte Lenin u. a. aus:

Die internationale Lage der Sowjetrepublik werde im gegenwärtigen Moment durch zwei Hauptgegensätze bestimmt: zunächst durch den Kampf zwischen Deutschland und England im Westen, dann durch die Rivalität zwischen Japan und Amerika. Der Gegensatz zwischen Japan und Amerika werde zeitweilig durch ihr gemeinsames Bündnis gegen Deutschland verdeckt, aber die Verhältnisse im Osten ergeben unzweifelhaft, daß ein scharfer Konflikt zwischen Japan und Amerika nicht abzuwenden sei.

Von allgemeinen Gesichtspunkten ging Lenin sodann zu speziellen Fragen über. Aus dem Brester Vertrag habe sich von selbst der definitive Friedensschluß sowohl mit Finnland als auch mit der Ukraine und der Türkei ergeben. Trotzdem führe Rußland mit jedem dieser Länder den Krieg weiter. Obwohl so viele leere und unnütze Worte über den Brester Frieden und die Unmöglichkeit, daß er eine Atempause bringen werde, geschrieben worden seien, sei es trotzdem erwiesen, daß Rußland sich einer Atempause von zwei Monaten erfreue, was bereits auch gewisse Ergebnisse gezeitigt hat. Die Atempause habe der Mehrzahl der russischen Soldaten die Möglichkeit gegeben, nach Hause zurückzukehren und von den Errungenschaften der Revolution und vom Lande Nutzen zu ziehen, sich umzuschauen und neue Kräfte für den neuen bevorstehenden Kampf zu sammeln. Die Verschärfung der Lage in Finnland, der Ukraine und der Türkei habe selbstverständlich dazu geführt, daß man das Ende der Atempause bereits zu sehen glaubte. Entgegen dem Friedenswillen der Sowjetregierung, entgegen ihrer Bereitwilligkeit, sogar auf die sogenannte Großmachtstellung zu verzichten, habe man, anstatt den vollen Frieden, nur kurzen Aufschub, immer derselben Frage nach Krieg und Frieden erzielt. Die Verhältnisse an der finnländischen Grenze könne man durch die Worte: „Fort Ino und Murman" charakterisieren. Fort Ino ist der Schutz Petersburgs. Rußland habe das Recht Finnlands auf das ganze finnische Territorium anerkannt, beide Regierungen seien aber übereingekommen, Fort Ino Rußland zu belassen, um „die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Republiken zu schützen". Natürlich habe die Bourgeoisie Finnlands anläßlich dieses Punktes Alarm geschlagen und fordert das Fort Ino zurück. (Fort Ino ist inzwischen von Rußland geräumt worden. Red.) — Ueber die Murmanfrage sagte Lenin wörtlich:

„Eine noch größere Verschärfung der Lage rief die Frage wegen des Murmangebietes hervor, das die Anglofranzosen beanspruchten, weil sie Dutzende von Millionen im Bau des Hafens investierten, um sich in dem imperialistischen Kriege gegen Deutschland das militärische Hinterland zu sichern. Sie achten die Neutralität so prächtig, daß sie alles benutzen, was unbewacht liegt, wobei als genügender Grund für die Inbesitznahme der Umstand herhält, daß sie ein Panzerschiff haben, wir aber nicht, um das ihrige zu verjagen. Es ist selbstverständlich, daß die Frage sich deshalb verschärfen mußte." . . .

Ebenso scharf stehe die kaukasische Frage, und wenn die kaukasische Rada, wie die Ukraine, von ausländischen Truppen unterstützt werden würde, so stehe Rußland vor neuen Schwierigkeiten. Es gebe Leute, die über die unerträgliche Last dieses schwebenden Zustandes zwischen Krieg und Frieden klagen und denken, daß es leicht sei, aus der unbesonnenen Lage herauszukommen, man brauche nur die Er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180603-18/fragment/page=0001

füllung des Brester Vertrages zu fordern. „Sie vergessen, daß man zuerst siegen muß und dann erst irgend etwas fordern kann." Die Regierung habe durch unzählige Radiogramme angefragt, welche Grenzen der unabängige Kaukasus fordere, aber keine Antwort erhalten. Dadurch erhalte die Türkei und Deutschland den Vorwand, immer weiter vorzudringen.

Die geschilderte Lage bestätige die Richtigkeit der bolschewistischen Taktik: „Aus der Erfahrung der Revolution heraus haben wir gelernt, daß man die Taktik des schonungslosen Angriffs verfolgen muß, wenn dies die objektiven Bedingungen zulassen. Man ist aber gezwungen zur Taktik des Abwartens, zur langsamen Sammlung der Kräfte Zuflucht zu nehmen, wenn es keine Möglichkeit gibt, eine schonungslose Abwehr zu erteilen."

Die ganzen Bemühungen der Sowjetgewalt müßten jetzt darauf konzentriert werden, die Atempause zu verlängern, die **Gegensätze unter den Imperialisten auszunutzen** und die Sowjetgewalt bis zum Eingreifen des internationalen Proletariats zu erhalten und zu befestigen. Die jetzige Regierung habe das Recht auf die Verteidigung des Vaterlandes erobert. Sie verteidige nicht die Großmachtstellung Rußlands, nicht nationale Interessen, denn die Interessen des Weltsozialismus stünden höher als die nationalen Interessen. Wir sind Verteidiger des sozialistischen Vaterlandes. Für die Verteidigung brauche man aber eine standhafte Armee, geordnetes Hinterland und feste Ordnung des Verpflegungswesens.

Diese Rede Lenins bestätigt, was von unserer Seite unzählige Male — leider tauben Ohren — gepredigt worden ist, daß nämlich ein annektionistischer Friede kein Friede ist, sondern von dem Besiegten nur als Atempause zur Neusammlung seiner Kräfte bewertet wird. Wenn selbst eine so wenig ehrgeizige, friedliche und friedensbedürftige Regierung, wie die Lenins, den Brester Frieden nur als Atempause auffaßt, so kann man sich leicht ein Bild davon machen, wie ein annektionistischer Frieden auf Länder wirken wird, in denen gar noch die bürgerlichen Klassen an der Regierung sind. (z. B.)

•

Energische Maßnahmen der Sowjetregierung.

Moskau, 28. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Namen der russischen Regierung hat der Volksbeauftragte für Auswärtiges, Tschitscherin, der französischen Regierung folgende Mitteilung zugehen lassen: Die Erklärungen des französischen Botschafters Noulens in den schweren Tagen, die das russische Volk jetzt durchlebt, können nicht zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland beitragen und nicht geduldet werden. Die Sowjetregierung gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß Noulens sofort abberufen werden wird.

Immer neue Staatenbildungen. Kiew, 1. Juni. (Drahtmeldung.) Kiewskaja Mysl meldet über Odessa: Das tatarische Krimparlament Kuslutai hat sich zum provisorischen Staatsparlament der Krim erklärt und die Initiative zur Bildung einer Regierung und Volksvertretung mit Einschluß anderer Nationalitäten übernommen.

Zürich, 2. Juni. (Drahtmeldung.) Pariser Blätter melden aus Moskau: Der in Soukhou versammelte Landtag hat die Unabhängigkeit Transkaukasiens proklamiert.

Japan—China—Rußland.

Moskau, 29. Mai. Nowaja Shisu schreibt, daß die Meldung aus diplomatischen Kreisen über ein neues Abkommen zwischen Japan und China zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland auf russischem Gebiet als ein Versuch gewisser Kreise in London und Washington aufgefaßt werden müsse, die Ereignisse im fernen Osten zu forzieren. Das Abkommen werde in Moskau als Bedrohung Rußlands angesehen.

Politische Uebersicht.

Nur nicht drängeln!

Herr Dr. Paul Lensch, M. d. R., bleibt seiner selbstgewählten Aufgabe getreu, der Reaktion Waffen gegen die eigene Partei und darüber hinaus gegen die Arbeiterbewegung zu liefern. Als die Frage der preußischen Wahlreform durch den Ostererlaß und später durch den Juli-Erlaß des Königs von Preußen als brennende Zeitfrage amtlich anerkannt worden und also die Notwendigkeit ihrer umgehenden Lösung selbst von der Regierung zugegeben war, da machte Herr Dr. Paul Lensch den gemütvollen Vorschlag, es für die Zeit des Krieges bei diesen Erlässen, bei der Zusicherung des gleichen Wahlrechts für Preußen bewenden zu lassen, damit die Kriegführung nicht durch innere Kämpfe erschwert werde. Der Herr aus Potsdam war in diesem Falle preußischer und kriegsfrommer als die preußische Krone und die preußische Regierung, die bekanntlich wenn auch ohne große Begeisterung, an die Durchführung der Wahlrechtsfrage — so wie sie sie versteht — im Kriege heranging. Sie ist freilich auf den entschiedenen Widerstand der Junker von Ar und Schlot gestoßen und sitzt zurzeit mit dem Wechselbalg, den sie „Wahlreform" nennt, fest. Seitdem bemühen sich Regierungssozialisten und Fortschrittler ihr begreiflich zu machen, daß sie um ihrer Autorität willen und zur Beruhigung der erbitterten kochenden Volksmasse den Landtag alsbald auflösen und unverzüglich noch während des Krieges Neuwahlen vornehmen lassen müsse. Die Regierung hat dazu aber wenig Lust, ihr erscheint die Aufschiebung der Reform für unbestimmte Zeit um so erträglicher, als sie das Werk ja nicht aus innerem Drang, sondern nur notgedrungen betreibt, um ein in einer Zeit der Not gegebenes Versprechen einzulösen, das inzwischen längst als eigentlich übereilt und unnötig bedauert worden ist.

Herrn Dr. Paul Lensch ist diese Zaubertaktik der Regierung ganz recht, ist sie doch so etwas wie eine nachträgliche Rechtfertigung seines vorjährigen weisen Rates, die Einlösung des Wahlrechtsversprechens bis nach dem Kriege zu vertagen. Indes zieht er es immerhin vor, diesmal — im neuesten (8.) Heft der Glocke nicht wieder preußischer und kriegsfrommer als die Regierung zu sein oder wenigstens sich offen zu bekennen. Er wagt nicht direkt die Verschiebung der Landtagsauflösung auf jeden Fall zu fordern. Aber er stärkt den Cunctator-Politikern in der Regierung in der Art den Rücken, daß er die Verschiebung als unter dem Machtgebot „bekanntlich außerordentlich einflußreicher Kreise" als schon fast entschieden hinstellt — „weniger aus politischen, als aus militärischen Gründen" — und die Gefahr der inneren Kämpfe, die jetzt ein Wahlkampf entfesseln würde, möglichst kraß und düster ausmalt. Es sei sicher, so ruft er aus, „daß bei solchen Neuwahlen die tiefe Erbitterung und der soziale Haß, der gegen das preußische Junkertum vom Kaliber Heydebrands und Oldenburgs in den weitesten Kreisen herrscht, zum elementaren Ausbruch kommen müßte! — Und da hat sich Stampfer im Vorwärts wieder und wieder bemüht, der Regierung zu beweisen, daß solche Neuwahlen sich ohne jede größere Erregung vollziehen würden, alldieweil durch ein Wahlbündnis zwischen Regierungssozialisten, Fortschritt, Zentrum und Links-Nationalliberalen die Beseitigung der junkerlich-schwerindustriellen Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht fast geräuschlos und automatisch gelingen werde. Herr Lensch sorgt dafür, daß die Junker der Regierung als Gegenmittel wieder diese Beruhigungspille das Schreckbild eines von einem Sozialdemokraten selbst gemalten wilden Wahlkampfes applizieren können.

Herr Dr. Paul Lensch, M. d. R., bleibt seiner selbst gewählten Rolle getreu. Er begreift die Ungeduld seiner Genossen vom Vorwärts offenbar gar nicht. Warum denn so drängeln? Es geht ja nichts verloren. Das gleiche Wahlrecht kommt, orientiert Herr Lensch mit schöner Sicherheit. Wenn die Junker nach dem Kriege aufs neue ablehnen, dann kann man ja den Massenstreik machen, den man jetzt im Kriege nicht anwenden darf. — Herr Stampfer scheint uns in diesem Falle der bessere „Realpolitiker". Er sagt sich, daß das Wahlreformversprechen eine Kriegsfrucht ist, von der man nicht weiß, ob sie die Friedensluft verträgt, und er macht sich wahrscheinlich auch seine Gedanken darüber, ob eine Arbeiterschaft, die man im Kriege dazu erzogen hat, nur nicht zu drängeln, nach dem Kriege noch ihre Ellbogen kräftig zu gebrauchen imstande sein wird. Freilich Herr Dr. Paul Lensch schlägt ihn doch, denn er ahnt realpolitisch voraus, was die Regierung tun wird.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Königsberg

wurde am 29. Mai in der Stadtverordneten-Versammlung von den sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragt und auch in der Debatte von liberalen Stadtverordneten unterstützt. Stadtverordneter Lübbring (abhängiger Sozialdemokrat) bemerkte, daß der Verlauf des Krieges gezeigt habe, daß wir keinen inneren Feind haben, gegen den sich der verschärfte Belagerungszustand richten könne. Auch die unabhängigen Sozialdemokraten hätten erklärt, daß sie einen Sieg der Entente gegenüber Deutschland nicht wünschten. Stadtverordneter Linde (unabhängiger Sozialdemokrat) zeigte an mehreren Verurteilungen durch das außerordentliche Kriegsgericht, daß die Handhabung aller Verordnungen, die auf Grund des verschärften Belagerungszustandes von der Königsberger Militärbehörde erlassen sind, nichts mit der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu tun habe, noch weniger mit dem Schutze gegen äußere Gefahren. Die Mitteilung dieser Fälle erregte allgemeines Aufsehen. Auch bürgerliche Stadtverordnete erklärten, es liege kein haltbarer Grund vor, für ein Weiterbestehen des jetzigen Zustandes in Königsberg. Unsere Pflicht sei es, dafür zu sorgen, daß heimlich schleichende Erbitterung in der Bevölkerung aufhören kann, dafür zu sorgen, daß die Bürger wieder vollen Rechtsschutz genießen.

Nur der Oberbürgermeister Körte glaubte die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes rechtfertigen zu müssen, trotzdem er zugab, daß ihm schon im Februar 1915 von militärischer Seite mitgeteilt worden ist daß die Festung Königsberg nicht mehr als bedroht anzusehen ist und der verschärfte Belagerungszustand beseitigt sei. Nach sehr eingehender Debatte wurde schließlich wenigstens der von liberaler Seite gestellte Antrag,

„den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß der verschärfte Belagerungszustand (außerordentliche Kriegsgerichte) für Königsberg aufgehoben wird,"

mit großer Mehrheit angenommen, während der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des ganzen Belagerungszustandes mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Nachträglich wird gemeldet, daß der Magistrat dem angenommenen Antrag der Stadtverordneten auf Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes einstimmig beigetreten ist.

Die Verhältnisse in Oesterreich

treiben jetzt immer mehr jenem trostlosen Zustand entgegen, der die innerpolitische Lage Oesterreichs unter dem Regime Stürgkh kennzeichnete. Nicht mehr lange, und es wird offiziell mit dem § 14 regiert. Die Wiener Parlaments-Korrespondenz schreibt:

„Nach Aeußerungen von Abgeordneten verschiedener Parteien ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Parlament im Juni nicht zusammentritt. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Schaffung einer Arbeitsmehrheit, sind Anzeichen vorhanden, die Störungen und Hemmungen von nichtdeutscher Seite befürchten lassen. Sollte das Haus tatsächlich nicht zusammentreten, würden das Budgetprovisorium und sonstige Staatsnotwendigkeiten mit dem § 14 in Kraft gesetzt werden, „mit oder ohne Seidler," wie sich die parlamentarischen Kreise äußern. Dr. v. Seidler hat bekanntlich in der letzten Obmänner-Konferenz erklärt, er werde während der Vertagung des Hauses den § 11 nicht in Anwendung bringen. Nach derselben Quelle steht auch eine Tagung der Delegationen oder der Delegationsausschüsse nicht so bald in Aussicht."

Nachdem also durch die Vertagung des Reichsrates die Erregung in der Bevölkerung namentlich nichtdeutscher Kreise gesteigert worden ist, nachdem die österreichische Regierung diese Lage noch zugespitzt hat durch die Oktroyierung der Kreisregierungen in Böhmen und durch ihre Kundgebungen gegen die nichtdeutschen Völker, fürchtet sie „Störungen und Hemmungen" bei der Wiedereröffnung des Reichsrates. Allerdings muß die Regierung v. Seidler fürchten, daß sie im Reichsrat nicht gerade sanft angefaßt werden würde, und nicht nur von den Slawen. Unter der deutschen Arbeiterschaft in Oesterreich herrscht nicht minder große Erregung über die Gewaltpolitik der Regierung v. Seidler wie über den Kurs, der in der äußeren Politik eingeschlagen wird. Große Arbeiter-Protestversammlungen gegen die Ausschaltung des Parlaments zeigen ihr, daß eine neue Aera Stürgkh zu noch ernsteren Erschütterungen führen muß, als die erste.

Die Hungersnot unter den Juden Nordpalästinas.

Das Jüdische Preßbureau in Stockholm berichtet: Wie furchtbar die Lage der jüdischen Bevölkerung in dem Teil von Palästina, der sich in den türkischen Händen befindet, sich gestaltet hat, geht aus folgenden Mitteilungen hervor, die die Berliner Jüdische Rundschau, das Organ der deutschen Zionisten veröffentlicht:

„. . . Die Lage der beiden Städte Tiberias und Safed und auch der jüdischen Kolonien in Obergaliläa ist trostlos. Die Bevölkerung verliert den Mut zur Arbeit und zum Leben, da die **Hungersnot unbeschreiblich** ist. Wie groß wird unser Schmerz sein, wenn sogar einige bleiben, die es überleben; denn auch diese werden moralisch und seelisch sehr deprimiert sein. Und sie alle haben doch ihren großen Teil zu unserer befreienden Arbeit beigetragen.

Tagtäglich vergrößert sich die Zahl der Bedürftigen. Die, die vor drei Jahren noch zu den wohlhabendsten Kreisen zählten, wünschen jetzt nur noch ein Rottel Brot wöchentlich. Und die Preise sind so hoch, daß man zwei Ltq. pro Kopf täglich haben muß, und dabei immer noch halb hungrig bleibt. Die Lage ist kritisch. Wir haben aber unsere Hoffnung nicht aufgegeben und wir trösten uns mit dem Gedanken, daß andere kommen werden, die unsere Arbeit fortsetzen werden."

Die Jüdische Rundschau bringt ferner folgendes Telegramm: „**In Safed sind von 4000 Juden mehr als 3000 brotlos.** Die Verhungerten haben uns 500 neue Waisen zurückgelassen. Hunger und Krankheit führen die jüdische Gemeinde der Stadt einem raschen und völligen Untergang entgegen. Für Safed muß die Hilfe sofort und telegraphisch beschafft werden."

Ueber die grausenerregende jüdische Lage in Nordpalästina berichtet Herr Dizengoff, einer der Hauptmitarbeiter am jüdischen Hilfswerk, der gegenwärtig in Haifa weilt. Seinem Bericht entnehmen wir folgende Angaben:

„Während des Jahres, das seit der Evakuierung von Jaffa verstrichen ist, sind viele der Vertriebenen im Exil gestorben. Diese unglücklichen Brüder haben Kinder hinterlassen, und unsere heiligste Pflicht ist es, für diese armen Waisen zu sorgen, welche die wahren Opfer der Evakuierung sind. Außer den Evakuierten sind auch während der letzten zwei bis drei Jahre außerordentlich viele Juden in Safed und Tiberias gestorben und auch diese haben Waisenkinder hinterlassen. Für diese Kriegsopfer müssen wir sorgen. Wir haben in Milchamia provisorisch ein kleines Waisenhaus für 30 Kinder errichtet. In Sichron sind wir im Begriff ein Waisenhaus für 30 bis 40 Waisen aus Kafr Saba, die Vater und Mutter verloren haben, zu eröffnen. In Safed gibt es neuerdings 500 Waisenkinder, und wir müssen absolut etwas für sie tun. Wir müssen uns die Notwendigkeit klar machen, eine neue Institution zu schaffen, die „Waisenhäuser für die Kriegsopfer in Palästina" heißen konnte. Ich bin damit beschäftigt, alle notwendigen Daten betreffend die Waisen zu sammeln, um ein durchgearbeitetes und mit Material belegtes Exposé unterbreiten zu können. Große Summen werden notwendig sein, um dieses gleichzeitig philantropische und nationale Werk durchzuführen. Aber es ist mehr als eine Ehrenpflicht für uns.

„Ungenauigkeiten" von Lloyd George.

Bern, 1. Juni. (W. T. B.) Daily News bringen eine Zuschrift des Unterhausmitgliedes Ponsonby, der sich nachdrücklich gegen die „ernste Ungenauigkeit der Rede" Lloyd Georges in Edinburg, betreffend die Antwort der Zentralmächte auf die Januarreden Lloyd Georges und Wilsons verwahrt. Ponsonby betont, daß die deutsche Offensive keineswegs, wie Lloyd George behaupte, die erste Antwort war. Er zählt sodann auf, daß auf die Rede von Lloyd George am 5. 1. und auf die Wilsonrede am 8. 1. Graf Czernin und Graf Hertling am 23. 1. und 24. 1. antworteten und dabei einige Vorschläge Wilsons annahmen, andere verwarfen. Hierauf hätten die Alliierten am 4. 2. durch die Versailler Erklärung geantwortet, welche weiteren diplomatischen Verhandlungen die Tür schloß. Wilson aber habe am 11. 2. die Reden der Staatsmänner der Zentralmächte erörtert und vier Hauptpunkte aufgestellt, worauf Hertling am 25. 2. erwiderte, daß er sich mit dem vierten prinzipiell einverstanden erkläre. Am 19. 3. aber hätten die Alliierten in London eine Erklärung abgegeben, die weitere Erörterungen unmöglich machte. Ponsonby schloß: Es ist somit vollkommen klar, daß die deutsche Offensive am 21. 3. weder die erste noch überhaupt eine Antwort auf die Januarrede von Lloyd George und Wilson war, sie war die Antwort auf die unversöhnliche Haltung der Alliierten, wie die in der Versailler Erklärung des Londoner Pronunciamento zum Ausdruck kam, durch die Wilsons Erörterungs- und Verständigungsversuche erledigt wurden. Es ist einfach unverständlich, wie der Premierminister mit der genauen Kenntnis dieser Ereignisse derartige Behauptungen aufstellen kann, wie er es in Edinburg getan hat.

Kleine politische Nachrichten.

Die alldeutschen Gefühlsmenschen. Kürzlich war gemeldet worden, daß der Tschechenführer Kramarsch aus Prag ausgewiesen wurde und in einem Dorfe Wohnung genommen hätte. Dazu bemerkt nun die alldeutsche Tägl. Rundschau: „Ob er dort viel ungefährlicher sein wird? Warum hat man ihn nicht gelassen, wo er hingehörte: Im Zuchthaus und im Schatten des Galgens. Ein erklärter, überführter Hochverräter, den auch die Begnadigung vom Galgen, die der junge Kaiser im ersten Stimmungsüberschwang ihm zuteil werden ließ, nicht davon abhalten konnte, seine Politik des Meuchelmordes gegenüber dem Staate Oesterreich zu erneuern. Immerhin zeugt die Ausweisung, daß man einzusehen beginnt, daß mit einem Kramarsch in Güte nicht auszukommen ist."

Das deutsch-schweizerische Abkommen ratifiziert. Bern, 1. Juni. Der Bundesrat hat heute das Wirtschaftsabkommen Deutschlands mit der Schweiz ratifiziert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wekerle für das Frauenstimmrecht. Budapest, 1. Juni. (Meldung des ungarischen Korrespondenz-Bureaus.) Ministerpräsident Dr. Wekerle hat im Hinblick auf die im Wahlrechtsausschuß erfolgte Ablehnung des Frauenstimmrechts erklärt, er werde bei der Verhandlung im Plenum die Aufrechterhaltung der auf das Frauenstimmrecht bezüglichen Bestimmung beantragen.

Sicherung des schwedisch-englischen Handelsverkehrs. Kopenhagen, den 1. Juni. (W. T. B.) Das Stockholmer Blatt Socialdemokraten teilt mit, daß es Schweden gelungen ist, Sicherheiten dafür zu erhalten, daß Schiffe, die Waren gemäß dem englisch-schwedischen Abkommen befördern, von deutschen Seestreitkräften nicht beschossen werden. Stockholms Dagblad bestätigt die Richtigkeit dieser Meldung.

Französische Warnung vor Staatsstreichabsichten der finnischen Monarchisten. Stockholm, 2. Juni. (W. T. B.) Die französische Gesandtschaft in Stockholm verbreitet in der Presse folgende Erklärung: Aus Anlaß von Erklärungen, die kürzlich von gewissen Mitgliedern des finischen Senates gemacht wurden, und im Hinblick darauf, daß das monarchische Prinzip im Landtag in Helsingfors nicht die Mehrheit zu gewinnen scheint, die die Verfassung verlangt, wurde der französische Gesandte bevollmächtigt, dem finnischen Geschäftsträger in Stockholm zu erklären, daß die Regierung der französischen Republik keine Regierungsform anerkennen will, die in diesem Land ungesetzlich eingeführt wird. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß sie mit dieser Erklärung eine Pflicht gegen das finnische Volk erfüllt, die Frankreich auf sich nahm, als es zuerst unter den Großmächten Finnlands Selbständigkeit anerkannte.

Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen kommen nicht recht weiter. Eine Einigung über die Demarkationslinie ist bisher nicht erzielt worden, da die Ukraine auf dem ethnographischen Festlegungsgrundsatz, die Sowjet-Delegation aber auf der augenblicklichen strategischen Lage besteht.

Die russische Botschaft in der Schweiz versiegelt. Bern, 31. Mai. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Auf Anordnung der schweizerischen politischen Behörden wurde die bisherige russische Gesandtschaft samt Archiven unter Siegel gesetzt. Die Versiegelung, die einzig aus öffentlichrechtlichen Gründen erfolgte, wird aufrechterhalten, bis eine Klärung der Lage eingetreten und die amtliche Anerkennung der russischen Regierung durch die Schweiz erfolgt ist.

In Bern befand sich im Gebäude der russischen Gesandtschaft noch der Vertreter der Regierung Kerenski. Er lehnt es ab, das Gebäude der Botschaft dem Vertreter der Sowjetrepublik zu übergeben. Daher jetzt die Versiegelung.

Wilsons Freiheit in der Praxis. Christiania, 1. Juni. (W. T. B.) Nach Socialdemokraten hat der Verein zum Schutz der bürgerlichen Freiheit in Neuyork die Liste der von der amerikanischen Zensur verbotenen achtzig Zeitschriften und Tageblätter veröffentlicht, unter denen nicht weniger als 48 sozialistische Blätter sind. Vier sozialistische Blätter sind von der Postbeförderung ausgeschlossen, darunter ein russisches Blatt und zwei große englische sozialistische Tageblätter. Neuyork Call und Milwaukee Leader sind ebenfalls verboten worden. Unter den verbotenen Zeitschriften befinden sich das große künstlerisch ausgestattete Amerikanische sozialistische Monatsmagazin und das große jüdische Tageblatt in Neuyork. Vorwärts ist vom Verbot vorläufig verschont geblieben gegen die Verpflichtung, nichts über den Krieg zu schreiben.

Aus der Partei.

Das Ende einer Kämpferin.

Das Moskauer menschewistische Organ Wperjod bringt in seiner Nummer vom 6. Mai die Trauernachricht, daß die Genossin Nadeschda Grünfeld, eine der hervorragendsten Agitatorinnen unserer Partei, der Rachsucht der rumänischen Reaktionäre zum Opfer gefallen ist. Bei Bendery wurden aus dem Dnjestr drei Frauenleichen aufgefischt, die an Händen und Füßen gefesselt waren — Opfer der rumänischen Besatzungstruppen in Beßarabien, die die erprobten „Kampfmethoden" der rumänischen Oligarchen nun auch gegenüber den beßarabischen Sozialisten zur Anwendung bringen. Als eines der Opfer, deren Gesamtzahl unbekannt ist, wurde die Genossin Grünfeld rekognosziert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180603-18/fragment/page=0002

Seit 1904 stand die Genossin Grünfeld in den Reihen unserer Partei, in der sie unermüdlich tätig war. Gefängnis, Verbannung und Exil blieben ihr nicht erspart. Von der Revolution aus dem Gefängnis befreit, stellte sie sich an die Spitze der Parteibewegung in Odessa und Kischinew, wo sie in den beßarabischen Landtag gewählt wurde. Hier verlas sie noch vor wenigen Wochen den Protest unserer Partei gegen das Gesuch der beßarabischen Junker und Nationalisten, Beßarabien an Rumänien anzugliedern. Die Rache der einmarschierenden rumänischen Oligarchen traf deshalb in erster Linie unsere Genossin, als eine der Führerinnen der Bewegung gegen die rumänisch-beßarabische Kontrerevolution.

Ein Leben voll Arbeit und Kampf, voll leidenschaftlicher Hingabe für die Sache des Proletariats hat ein jähes Ende gefunden.

Bg.

Quittung.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gingen in der Zeit vom 1. bis zum 31. Mai bei der Unterzeichneten ein: 6. sächsischer Reichstagswahlkreis 130 Mk. — Kottern 24,04 Mk. — L. Jung-Weinheim 40,52 Mk. — Frl. F.-Greiz 50,32 Mk. — L.-Königsberg 340,42 Mk. — Jena 87 Mk. — Kiel-Garden 253,50 Mark. — Dresden, Bons 90,20 Mk. — Niederrhein a conto 6,50 Mark. —4. sächsischer Kreis 100,71 Mk. a conto. — Danzig 40 Mk. — Sch.-Schönebeck. Ertrag einer Sammlung 147,90 Mk. — O. K.-Reinickendorf 49 Mk. — F. Z. und Gen. 5 Mk. — G. Ch. 11. sächsischer Kreis 75 Mk. a conto. — Stralsund 9 Mk. — Spremberg durch Fr. 29,47 Mk. — Zwei Kottbuser Genossen 6 Mk. — Von Nelken für A. P. 24 Mk. — Für drei Abonnenten aus Hamburg 12 Mk. — Breslau durch T. 17,08 Mk. und 7 Mk. — F. Klein Erfurt 336,18 Mk. — A. F. Lemgo 160,50 Mk. — J. R.-Eisenach 33,65 Mk. — L.-München 83,85 Mk. und 58,70 Mk. — Eßlingen 1 Mk. — H. M.-Nordheim 3 Mk. — R. B. Marx-Nummer 30 Mk. — K.-Wismar 5 Mk. — H. W.-Lörrach 20 Mk. — Pressefonds B. durch Seger-Leipzig 50 Mk. — G. W.-Niederrhein a conto 590,48 Mk. — Rothenburg-T. 6,40 Mk. — B.-Gera 200 Mk. — H.-Sölderholz 5,50 Mk. — H.-Schweinfurt 56,24 Mark. — H.-Gotha 201,80 Mk. — Bezirk Nordwest a conto 180,37 Mk. — Württemberg 222,35 Mk. — B.-Pries 60 Mk. — Löwenberg 11,96 Mk. — Düsseldorf 137,59 Mk. — Vom Bezirk Südwestdeutschland a conto 352,83 Mk.

Für Unterstützungszwecke gingen bei der Unterzeichneten ein: Dirling 20 Mk. — Pferdelazarett 10,50 Mk. Stettin 78 Mk. — Stralsund 28 Mk. — Swinemünde 30 Mk. — Treptow-Tollense 6,10 Mk. — Spremberg 14,30 Mk. — R.-Bremerhaven 205,45 Mk. — B. Gera 106 Mk. — G. F.-Aachen 20 Mk. — R. B. Lunzenau 10 Mk. — W. S. 2 Mk. — P. S. 5 Mk. — T. H. 2 Mk. — M. W. 1 Mk. — J. K. 20 Mk. durch O. Zsch.-Lunzenau (Postscheckkonto 32 287.)

Luise Zietz, Berlin, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.

Weitere Kriegsnachrichten.

Die U-Bootopfer.

Berlin, 2. Juni. (Amtlich.) Nach Meldungen aus See durch unsere Unterseeboote im Mittelmeer versenkter Schiffsraum: 26 000 Br.-R.-T.. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 1. Juni. (W. T. B.) Aus Washington wird heute berichtet: Admiral Sims meldet, daß heute morgen das amerikanische Transportschiff Präsident Lincoln auf der Rückreise nach Amerika torpediert wurde und gesunken ist. Einzelheiten darüber fehlen noch.

Es handelt sich hierbei um den früheren Dampfer gleichen Namens der Hamburg-Amerika-Linie.

Bern, 2. Juni. (W. T. B.) Journal meldet aus Mellila, daß der spanische Dampfer Mariapie in der Nacht vom 25. zum 26. Mai von einem deutschen Unterseeboote 14 Meilen von der Insel Chaffarinas angegriffen worden sei. Das U-Boot habe zwei Schüsse abgegeben. Als der Dampfer nicht stoppte, wurde ein dritter Schuß abgefeuert, durch den der Kapitän in der Kabine und ein Heizer getötet, eine Frau verwundet worden sei. Unter den 100 an Bord befindlichen Mauren sei eine Panik ausgebrochen, die sich vor den 24 spanischen Passagieren retten wollten. Ein Rettungsboot sei umgeschlagen. Das U-Boot sei zu der Unglücksstelle gefahren und habe bei den Rettungsarbeiten geholfen und nach Melilla wegen Hilfe telegraphiert. Drei Personen werden vermißt.

Kopenhagen, 1. Juni (W. T. B.) Das Ministerium des Auswärtigen meldet: Die dänische Bark Souvenir ist in der Nordsee versenkt, die Besatzung in Queenstown gelandet worden. Das dänische Motorschiff Dronning Margarethe ist in der Nordsee versenkt, die Besatzung in Leith gelandet worden.

Die Offensive an der Aisne

Neue Bombardements von Paris.

Paris, 31. Mai. (Havas.) Eine der von dem weittragenden Geschütz heute abgeschossenen Granaten fiel auf eine Kirche im Bezirk von Paris.

Paris, 1. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Da einige feindliche Flugzeuge die Linien überflogen hatten und sich gegen Paris wandten, wurde gestern abend um 10.53 Uhr das Alarmsignal gegeben. Die Posten eröffneten das Feuer. Es wurde keine Bombe auf Groß-Paris abgeworfen. Um 11,47 Uhr wurde die Alarmbereitschaft aufgehoben. Da die Wachtposten neue Motorgeräusche gemeldet hatten, so wurde um 11.56 Uhr abermals Alarm geblasen. Die Bereitschaft hörte um 12.38 Uhr auf. Es wird gemeldet, daß eine gewisse Anzahl von Bomben in der Umgebung von Paris abgeworfen worden sind.

Paris, 2. Juni. (Amtlich.) Heute nacht 12 Uhr 8 Min. wurde Alarm gegeben. Mehrere Abteilungen feindlicher Flugzeuge griffen die Gegend von Paris an. Sie wurden sehr lebhaft von den Abwehrbatterien beschossen. Die Verteidigungsmittel wurden in Tätigkeit gesetzt. Es wurden Bomben abgeworfen. Man meldet nur einige Verwundete. Um 2 Uhr war der Alarm beendet.

Englische Angriffe in Flandern. Berlin, 1. Juni. (Amtlich.) Am 31. Mai griff der Feind nach kurzer Artillerievorbereitung 5 Uhr morgens die deutschen Stellungen nördlich Vierstraat dreimal hintereinander an. Er wurde jedesmal unter schwersten Feindverlusten restlos geworfen. Gefangene blieben in deutscher Hand. Ein gleichzeitig weiter nördlich einsetzender feindlicher Angriff kam im deutschen Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung. Auch weiter südlich vom Nieppe-Walde bis Lens hielt tagsüber kräftiger Feuerkampf an. Desgleichen schwoll das Feuer in der Gegend von Arras und Albert vorübergehend zu großer Heftigkeit an. Die deutschen Bombenflieger setzten bei Etaples ein großes Lager in Brand. In Cassel wurden drei Brände und weiter südlich eine ungeheure Feuersbrunst beobachtet.

Der österreichische Bericht. Wien, 2. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: An der Gebirgsfront lebte der Artilleriekampf an vielen Stellen wieder auf. Im Mündungsgebiete der Piave wurde heute um Mitternacht ein italienischer Vorstoß durch Feuer abgeschlagen. Der Chef des Generalstabes.

Englische Angriffe in Palästina. Konstantinopel, 2. Juni. Der türkische Heeresbericht meldet von der Palästinafront: Im Küstengebiete griff der Engländer gestern abend nach starker Feuervorbereitung erneut an. Seine bis in die frühen Morgenstunden anhaltenden Angriffe wurden überall mit großen Verlusten für ihn abgeschlagen. Unsere Truppen behaupteten restlos ihre Stellungen, auf denen tagsüber bei reger Fliegertätigkeit lebhaftes feindliches Artilleriefeuer lag.

Amerikas Rüstungen. Washington, 30. Mai. (Reuter.) Amtlich wird gemeldet, daß im Laufe des Juni 280 000 Mann zu den Fahnen gerufen werden sollen.

Washington, 1. Juni. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat einen Kredit von zwölf Milliarden 42 Millionen Dollar bewilligt, und den Präsidenten ermächtigt, alle Männer, die ausgebildet und ausgerüstet werden können, zum Militärdienst heranzuziehen. Die Bill geht jetzt an den Senat.

Allerlei.

Himmelserscheinungen im Juni.

Die Sonne erreicht ihren höchsten Stand am 22. Juni: längster Tag, Sommers Anfang. Nach diesem Sonnwendtage bewegt sie sich langsam nach Süden, doch beträgt die Abnahme der Tageslänge bis zum Ende des Monats erst 4 Minuten. Umgekehrt hat der Vollmond seinen tiefsten Stand. Diese Phase unseres Trabanten findet am 24. Juni statt. Neumond ist am 9., Erstes Viertel am 16., Letztes Viertel am 2. Juni.

Von den Planeten ist Venus als Morgenstern zwei Stunden vor Sonnenaufgang im Nordosten sichtbar. Mars ist den größten Teil der Nacht im Sternbild der Jungfrau zu finden. Saturn ist nur noch kurze Zeit nach Sonnenuntergang tief im Nordwesten zu sehen. Jupiter und Merkur bleiben unsichtbar.

Die Stellung der bekannteren Fixsterngebilde am Anfang des Monats um 12, am Ende um 10 Uhr abends ist die folgende. Tief im Süden erblickt man den Skorpion mit dem roten Antares, über ihm den Ophiuchus, den Herkules und die Krone. Nach Südwesten schließen sich der Bootes mit Arctur und die Jungfrau mit Spica an. Nahe dem Untergang im Westen steht der Löwe, während im Osten der Adler eben aufgegangen ist. Schon ziemlich hoch stehen der Schwan und die Leier mit Wega. Wendet man den Blick nach Norden, so sieht man tief den Fuhrmann mit Capella, etwas östlicher die Cassiopeja, darüber den kleinen Bären mit dem Polarstern. Westlich von diesem, noch ziemlich hoch, finden wir das wohlbekannte Sternbild des großen Bären und die Jagdhunde.

Im Juni finden zwei Finsternisse statt, eine totale Sonnenfinsternis am 8. Juni und eine partielle Mondfinsternis am 24. Juni. Die Sichtbarkeit der ersteren beschränkt sich auf Ostasien, den Stillen Ozean und Nordamerika, die der letzteren auf das westliche Amerika, den Stillen Ozean und Australien.

Großer Brand in Stambul. Konstantinopel, 2. Juni. (W. T. B.) Die Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte über einen großen Brand in Stambul, der vorgestern mitternachts ausbrach und erst gestern abend gelöscht werden konnte. Das Feuer entstand durch eine Unvorsichtigkeit, indem in einem Hause im Sultan Selim-Viertel am Goldenen Horn eine brennende Zigarette in eine Petroleumlampe fiel. Da die dicht nebeneinander stehenden Häuser aus Holz gebaut sind und ein heftiger Südwestwind wehte, breitete sich das Feuer rasch in den Straßen und Plätzen Dschubali, Aja Kapu, Atik Ali Pascha, Jussuf Pascha, Jeni Bagdsche, Lutfi Pascha und Tschape Naiseki aus. In Kapu Alti Kermer, Tschukur Bostani, Kutschuk, Mustafa Pascha, Tasch Kassab und Hekim Oglu wurden zahlreiche der armen mohammedanischen Volksklasse gehörende Häuser eingeäschert. Der Großwesir und der Kriegsminister Enver fanden sich auf dem Brandplatz ein. Letzterer leitete die Hilfsaktion, woran auch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen teilnahmen. Für die Opfer wurde eine Sammlung eingeleitet, die der Sultan mit einer Spende von tausend Pfund eröffnete.

Die Pest. Haag, 1. Juni. Wie Nieuwe Courant aus London erfährt, haben sich zwei Krankheitsfälle auf einem Schiff bei Gravesend als Pestfälle herausgestellt. Das Schiff darf nicht einlaufen. Wahrscheinlich sind Ratten die Träger der Krankheit.

Briefkasten der Redaktion.

Pensionär F. M. Wenn die ständige Beschäftigung beweist, daß Sie wieder erwerbsfähig sind, kann die Invalidenrente entzogen werden.

O. R., Leuna. Die von den Strafkammern ausgesprochenen Verurteilungen werden von dem Kaiserlichen Erlaß nicht berührt. Offenbar ist das Gesuch um „bedingten Strafaufschub" (auf mehrere Jahre) abgelehnt worden.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Killan. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

39]

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman von W. W. Jacobs.

Herr Maneke redete ganz bestürzt auf ihn ein, aber vergebens, das äußerste Zugeständnis, das er dem fest entschlossenen Herrn Leverenz abringen konnte, war das Versprechen, ihm einen Wink zu geben, damit er der Sache aus dem Wege gehen könne.

„Das werd' ich schon um meinetwillen tun," meinte der offenherzig. „Ich werd' da besser allein mit fertig und wenn deine Alte zu Hause is, denn nimm sie auch mit raus. Bitt' sie, daß sie einen Spaziergang mit dich macht; das wird Selina gut gefallen. Ich weiß nich, was das Mädel verlangt. Ich dachte, Abstinent werden und dich 'n gutes Beispiel geben, würde den Kram machen, wenn's überhaupt möglich wär'."

Frau Manekes gewaltiges Erstaunen am nächsten Abend, als ihr Gatte sie zu einem Spaziergang aufforderte, reizte diesen Herrn fast über seine Kraft. Nachdem sie endlich die Ueberzeugung erlangt hatte, daß er keinen Scherz machte, ging sie nach oben und setzte ihren Hut auf und stand dann da und wartete auf den unwilligen Herrn Maneke mit einer Miene fast schamhaften Mißtrauens.

„Joseph kommt gleich," sagte Selina, als ihre Eltern sich zur Tür wandten. „Ich erwart' ihn jede Minute."

„Ich werd' hierbleiben und auf ihn warten," bemerkte Herr Leverenz. „Ich hab' da was ganz besonders mit ihn zu reden."

Herr Maneke warf ihm beim Hinausgehen einen warnenden Blick zu und zitterte, als er seine entschlossene Miene sah. In einem Zustande größter Aufregung ergriff er seine Frau beim Ellbogen und schleppte sie hinaus.

Es war ein kalter Abend und ein scharfer Ostwind hatte fast sonst jeden ins Haus getrieben. Herrn Maneke fröstelte, und mächtig ausschreitend, murmelte er zu seiner erstaunten Frau etwas von „einem tüchtigen Marsch ins Freie". Sie verließen die Straßen und stürzten sich in dunkle Feldwege, bis sie, nachdem nach Herrn Manekes Meinung genügend Zeit verflossen war, daß das Schlimmste vorbei sein konnte, umkehrten und den Rückweg zur Stadt antraten.

„Da is jemand vor unsern Haus," sagte Frau Maneke, die sich während der ganzen Zeit in einem Zustande des Staunens und Unbehagens befunden hatte.

Herr Maneke näherte sich vorsichtig. Zwei Personen standen auf dem Tritt in der Haltung von Horchern, während eine dritte sich eifrig abmühte, neben dem Rouleau hindurch zu gucken. Von innen erscholl der Klang heftig streitender Stimmen, wobei die Selinas leicht zu unterscheiden war.

„Was — was is denn hier los?" fragte Herr Maneke mit bebender Stimme, als er seiner Frau ins Haus gefolgt war und die Tür hinter sich geschlossen hatte.

Er blickte von Selina, die vor Herrn Wöbcke in der Art einer kleinen Henne stand, die ein großes Küken verteidigt, auf Herrn Leverenz, der sie überragte und ihn zu fassen versuchte.

„Was is hier los?" wiederholte er, wobei er sich bemühte, recht prahlerisch zu sprechen.

Die Streitenden redeten alle auf einmal. Herr Leverenz mit einer Miene scherzhaften Zornes, Fräulein Maneke mit einer Stimme, die vor Wut zitterte, und Herr Wöbcke, wie ein bekümmerter Mann redet. Trotz dieses Durcheinanders ersah Herr Maneke bald, daß es ein Fall von „zwei ist Gesellschaft, aber drei nicht" war, und daß Herr Leverenz, nachdem er sich den Winken, sich zu entfernen, gegenüber, die allmählich an Deutlichkeit zugenommen hatten, taub gestellt hatte, plötzlich eigensinnig geworden war und Herrn Wöbcke eine „schimmelige Visage", ein „glasäugiges Karnickel" und verschiedene andere obskure und widersinnige Dinge genannt hatte. Nicht zufrieden damit, hatte er ohne jede Warnung Fräulein Maneke geküßt und als Herr Wöbcke, dem Befehle dieser rasenden Dame gehorchend, versuchte, ihm die Tür zu zeigen, hatte er diesem Herrn das drollige Angebot gemacht, ihm die Wand zu zeigen, und ihn gepackt und ihn dagegen gebumst, bis sie beide erschöpft waren.

„Jeder hätt' meinen können, ich tät' ihn weh, nach den Spektakel, den er macht," sagte der unbußfertige Herr Leverenz.

„Ich — ich muß mir über dir wundern, Gottlieb," meinte Herr Maneke nervös.

„Schmeiß ihn 'raus," schrie Selina, mit dem Fuß aufstampfend.

„Du solltest lieber nach Hause gehen, Gottlieb," sagte Herr Maneke mit einem überredenden Blick.

„So lange wie Sie's noch in Sicherheit können," fügte seine Tochter mit drohender Gebärde hinzu.

„Gehen Sie hin und kaufen Sie sich 'n halben Liter warme Limonade," erklang die Stimme des tapferen Joseph.

Herr Leverenz schritt auf ihn zu, aber Herr Maneke ergriff ihn beim Rock, hielt ihn zurück und flehte ihn an, zu bedenken, wo er sich befände.

„Ich will euch Bagage alle zusammen umsonst zusammenbumsen," sagte der enttäuschte Herr Leverenz sehnsüchtig. „Und es würde euch gut tun; ihr würdet nur besser werden dadurch. Ihr würdet dann wissen, wie man Leute behandelt, die einen besuchen. Von wegen Selina, so würde ich sie jetzt nich für all ihr Geld heiraten."

„Geld?" fragte die wütende Selina zornig. „Was für Geld?"

„Das Geld auf den Zettel," entgegnete Herr Leverenz mit einem diabolischen Grinsen in der Richtung auf den unglücklichen Herrn Maneke. „Den Zettel, den Ihr Vater in Ihrem Koffer fand. Hat er Sie das nich erzählt?"

Er stieß einen Stuhl, der ihm im Wege stand, über den Haufen und schritt mit nachlässig wiegendem Gang zur Tür. Im Weißen Roß, wo er den Rest des Abends verbrachte, war er so originell in seinen Bemerkungen über die Frauen, daß zwei unverheiratete Männer ihm eine Tracht Prügel anboten und erst beruhigt waren, als sie einen genauen und wahrheitsgemäßen Bericht der für so viel Bitterkeit verantwortlichen Umstände zu hören bekamen.

Achtzehntes Kapitel.

„Versucht!" sagte Kapitän Boldt indigniert. „Ich hab's versucht, immer und immer wieder, aber es hat keinen Zweck."

„Haben Sie es auch auf die rechte Weise versucht?" meinte Eduard Hagedorn.

„Ich habe es auf jede Weise versucht," antwortete Kapitän Boldt unwirsch.

„Dann müssen wir über eine andere nachdenken," sagte der unerschütterliche Eduard. „Nehmen Sie noch etwas Roastbeef?"

Der Kapitän reichte ihm seinen Teller. „Sie hätten sie sehen sollen, als ich sagte, ich würde heute bei Ihnen zu Abend essen," meinte er bedeutungsvoll.

Herr Hagedorn legte Tranchiermesser und -Gabel hin. „Was sagte sie?" fragte er gespannt.

„Grunzte," sagte der Kapitän.

„Unsinn," versetzte der andere scharf.

„Was ich Ihnen sage," entgegnete der Kapitän. „Sie sagte kein Wort; grunzte nur so."

„Ich weiß, was Sie meinen," sagte Herr Hagedorn; „Sie gebrauchen nur nicht das richtige Wort."

„Na gut," erwiderte der Kapitän resigniert; „denn kenne ich also kein Grunzen, wenn ich's höre. Sie grunzt gewöhnlich immer, wenn ich Ihren Namen nenne."

Herr Hagedorn begann schweigend weiter zu essen. Der Kapitän, der auf mehr Roastbeef wartete, wurde unruhig.

„Hoffentlich steht Ihnen mein Teller nicht im Wege," sagte er endlich.

„Durchaus nicht," entgegnete der andere geistesabwesend.

„Vielleicht würden Sie ihn mir eben wieder zurückreichen," fuhr der Kapitän fort.

Herr Hagedorn, noch immer tief in Gedanken, entsprach diesem Wunsche. „Ich wollte, ich könnte Sie überreden, noch ein bißchen zu nehmen," meinte er im Tone höflichen Bedauerns. „Ich habe oft bemerkt, daß starke Leute geringe Esser sind. Ich wundere mich, warum das so ist?"

„Manchmal deshalb, weil sie nichts bekommen können, denk' ich," antwortete der indignierte Kapitän.

Herr Hagedorn sagte, daß das ohne Zweifel manchmal der Fall sei und wurde nur dadurch auf die wahre Sachlage aufmerksam, daß der hungrige Kapitän zu dem Beef ging und sich selbst etwas abschnitt.

„Entschuldigen Sie," sagte er lachend. „Ich dachte an ganz was anderes. Ich wüßte gern, ob Sie mir wohl die Benützung Ihres Ausgucks für ein oder zwei Tage überlassen würden. Das ist ein Platz, den wir an die Hand genommen haben, einige Kilometer von hier und ich möchte den gern im Auge behalten."

Der Kapitän, dessen gute Laune völlig wieder hergestellt war, bewahrte mit Anstrengung seinen Ernst. „Ich sehe nicht ein, was sie dagegen einwenden könnte," entgegnete er langsam. „Es ist eine geschäftliche Angelegenheit sozusagen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180603-18/fragment/page=0003

Allabendlich 7³/₄ Uhr: 800

„Der Hias"

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten.
Von ersten feldgrauen Künstlern u. Angehörigen hiesiger Truppenteile dargestellt.
Vollständig neue Einlagen im zweiten Akt.

Ueber 100 Mitwirkende.

ZuGunsten des Kriegsdienstes.
Bisher über 3000 Mal in allen größeren Städten Deutschlands mit beispiellos. Erfolg aufgeführt.
Dem Kriegsliebesdienst konnten bis jetzt über 1 Million 300000 Mark Rein-Ueberschuß zugeführt werden.

Mittwoch, den 5. Juni, nachm. 3¹/₂ Uhr:
Familien- und Schüler-Vorstellung
zu sehr ermässigten Preisen
Mk. 1.50 — 1.00 — 75 und 40 Pfg.

Der Vorverkauf findet lediglich an der Theaterkasse von 10—1¹/₂ und von 4—6 Uhr statt.

Walhalla-Theater.

U.T **Alte Promenade 11a.** 801
Fernruf 8738.

Neu für Halle! Neu für Halle!
Ab Freitag, den 31. Mai 1918:
Gastspiel der Lichtspieloper-Gesellschaft

„Der Waffenschmied".

Komische Oper in 3 Aufzügen von Albert Lortzing.
Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei den hiesigen Gastspielen die vollständige Oper „Waffenschmied" unter persönlicher Mitwirkung von Sängern u. Sängerinnen erster Opernbühnen zur Aufführung gebracht wird.

Preise der Plätze:

Fremdenloge . . .	4.50 ℳ	Rang . . .	1.70 ℳ
Mittelloge	3.50 „	I. Platz . .	1.00 „
Seitenloge	2.50 „	II. Platz . .	0.80 „

In der ersten Vorstellung haben Jugendliche Zutritt.
Kinder nachmittags halbe Preise.

Abgeschlossene Vorstellungen:
Wochentags 4¹/₂ und 7¹/₂ Uhr.
Täglich Vorverkauf an der Theaterkasse von 11—1 Uhr.
— Freikarten haben keine Gültigkeit. —

Apollo-Theater.

Heute u. folg. Tage, abends ³/₄8 Uhr: In glänzender Ausstattung!

„Das blonde Glück".

Orientalische Operette in 3 Akten von Hermann Feiner und Julius Brandt. Musik v. Willy Ortmann.
Vorverkauf Sonntags, ausgenommen 1—2, den ganzen Tag!

Dienstag, den 4., und Mittwoch, den 5. Juni: Zweitägiges Gastspiel von
:: **Hermann Feiner** ::
Autor von „Das blonde Glück" und ehemaliger Oberspielleiter und Operettentenor vom Theater des Westens, Berlin, in der Operette: „Das blonde Glück".
Pascha Salem Ley . . . . Hermann Feiner a. G.
Gastspiel-Vorverkauf im Bureau des Apollo-Theaters!

Bad Wittekind

Dienstag, den 4 Juni 1918, nachmittags 3¹/₂ Uhr:
Kur-Konzert
vom Stadttheater-Orchester.
Leitung:
Kapellmeister Karl Nöhren.
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 ₰, Kinder 20 ₰.
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Mittwoch, den 5. Juni 1918,
*429 abends 8 Uhr:
Abend-Konzert
vom Görlach-Orchester.

Stadt-Theater Halle

Dienstag, den 4. Juni 1918:
Anfang: 7¹/₂ Uhr. Ende: 10 Uhr.
Gloria Arsena. 795
Oper von Aug. Enna.

? **Woher kommt das Geld zum Kriege** ?
Von Julian Borchardt.
Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf.)
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle, Harz 42-44.

Schmeerstr. 5. **P.T** Schmeerstr. 5.

Heute, zum letzten Male: Die vier Teufel
Filmkunst I. Ranges.
794
Dienstag —— Donnerstag:
Der schwarze Pierrot. Mit Lotte Neumann.
Filmschauspiel in 4 Akten.
Das Legat. Ein komisches Erlebnis des Detektivs Harry Holk in 4 Akten.
Und das übrige Beiprogramm.
4–6. Kinder-Vorstellung. 4–6.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Täglich: **Konzert** des beliebten Damen-Streich-Orchest. Carmen.
6 junge Damen. Xylophon-Einlagen. 6 junge Damen.
Neue Dekoration! Neue Dekoration!
Ergebenst ladet ein 799 Frau Elsa Beth.

Pfälzer Schießgraben.
Täglich: Großes Frei-Konzert
der gesamten Görlach'schen Kapelle.
Anfang abends 7¹/₂ Uhr. 796
Ganz neues patriotisches Programm.
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

„Ehe"

heiß' ich den Willen zu zweien, das eine zu schaffen, das mehr ist, als die es schufen! Ueber dich sollst du hinausbauen! Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf. Dazu helfe dir der Garten der Ehe.

Diese fundamentalen Sätze des großen Philosophen Nietzsche enthalten alles, was die herrliche, unerschöpfliche Gottes- und Naturgewalt mit der Liebe und Ehe bezweckt. Voll heiligster Ehrfurcht erkennen wir die Schöpferkraft; und in kraftvoller Lebensbejahung reichen wir an die Gottheit heran.

Wir wollen Gottes höchstes Gebot in tiefster Inbrunst und Dankbarkeit ehren und uns und unsere Kinder zu wissenden, willensstarken, demütigen, seelisch, geistig und körperlich voll ausgereiften Menschen erziehen.

So erhalten wir unserem Volke seine ungeheure Lebenskraft. Es wird nicht an schamlosestem Krämergeist, Ueberkultur und lächerlicher Verweichlichung zugrunde gehen, wie Völker, die den ihnen verliehenen größten Gaben sich nicht würdig erwiesen.

Jüngling und Jungfrau
:: Mann und Frau ::
sollen sich durch ernstes Denken *426
zur Ehe
erziehen. Jeder muß wissen, daß man um das Glück der Ehe und Nachkommenschaft kämpfen muß. In jedem sind die gewaltigsten Kräfte für tausende Generationen enthalten. Mein Werk:

Der Kampf um
Das Glück der Ehe
und Nachkommenschaft

soll an Hand von unzähligen Beispielen aus dem Leben zeigen, wie die Ehe glücklich bleibt, und wodurch sie geschädigt und zerrüttet wird.

Inhalt: I. Recht auf Wahrheit und Wissen. — II. Ein vernichtetes Frauenleben. — III. Brutalität. — IV. Viele Schilderungen aus dem Leben, deren Tragik und Realistik jeden ergreift. — V. Charakteristisches Geständnis einer feingebildeten Frau, die durch frevelhafte Kräftevergendung fast zugrunde gerichtet worden und der Verzweiflung nahe war. — VI. Was muß die Frau wissen? — VII. Frevel, durch die die Frauenkraft geschädigt und vernichtet wird. — VIII. Kindersorgen verhüten Sorgenkinder. — IX. Das Storchmärchen und seine Folgen. Unwissenheit ist die Ursache aller geschlechtlichen Irrungen und Leiden. — X. Die Erhaltung der Gesundheit, des Eheglücks und der treuesten Liebe in der Ehe. — XI. Aus unzähligen Anerkennungsschreiben aus dem Lande und dem Felde: „Sie zeigten mir den rechten Weg, wie ich mir das Glück des Brautstandes und der späteren Ehe gewinne und bewahre." — „Wer Ihre Mahnungen befolgt, kann nie irren." — Aus dem Felde und Lazaretten: „Wir können uns nicht satt lesen an Ihrem Werke. Eine gerade Linie werde ich durch mein ganzes Leben ziehen." — „Innigsten Dank für die gutgemeinten Ratschläge in Ihrem Buche. Das ist, denke ich, Ihr schönster Lohn, daß ich das Gute auch befolge." — „Aufrichtigst wünsche ich, recht viele Ehegatten, Brautleute, junge Mädchen und Männer möchten Ihr Buch Satz für Satz durchstudieren, viel Unglück würde dann verhütet."

Weil das Buch von allen Seiten verlangt wird und ich es jedermann zugänglich machen möchte, habe ich mich entschlossen, den Preis desselben trotz aller verteuerten Herstellungs- und Materialkosten auch jetzt noch nicht zu erhöhen. Ich versende es noch zum Preise von 2.— Mk. (Porto schon mit eingerechnet, nur Nachnahme 20 Pf. mehr).

Frau Hedwig M. C. Kröning, Stuttgart-Cannstadt 122.

Moden-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Marmelade** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 4. Juni 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ¹/₂ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 92 Pfg. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 182 des Warenbezugscheines XVI zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken abzutrennen und zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Dienstag, den 4. Juni 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 58001—62000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 62001—66000 nachmittags von 2 6 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf auf besondere Bezugskarten für Kinder bis zu 12 Jahren in der Talamtschule am Dienstag, den 4. Juni.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 58001—62000 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 62001—66000 nachmittags von 2—6 Uhr. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber des Abschnittes F der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren. Für jeden Abschnitt kann ¹/₂ Pfund Kindergerstenmehl zum Preise von 38 Pf. verabfolgt werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten.

Halle, den 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Magermilch.

Am Dienstag, den 4. Juni 1918, wird für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre der Verkauf von Magermilch fortgesetzt. Der Verkauf erfolgt von mittags 12 Uhr ab an folgenden Stellen: Bei dem Milchhändler Ende, Delitzscherstraße 10, bei dem Milchhändler Schenkling, Forsterstraße 38, und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Martinstraße 11. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine Nr. 28001—35000.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ½ Liter Magermilch auf den Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Dienstag, 4. Juni 1918, wird der Verkauf von Quark diejenigen Haltungen, welche für ihre Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre auf den Abschnitt 5 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse Quark noch nicht bekommen haben, fortgesetzt. Der Verkauf erfolgt noch nach den alten Lebensmittelscheinen, und zwar auf die Nummern 56001—65000 bei der Milchhändlerin Rinke, Goethestraße 13, bei der Milchhändlerin Rast, Humboldtstraße 48, bei der Milchhändlerin Pötzschke, Brandenburgerstraße 10 und bei dem Kaufmann P. Creuzmann, Talstraße 2.

Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre, für welches auf den obenbezeichneten Abschnitt Quark noch nicht bezogen ist, wird ¹/₂ Pfund zum Preise von 37 Pfg. abgegeben.

Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Halle, den 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Kleinhändler, die von den Großfirmen C. Hofmeister u. Ko., Wilhelm Creuzberg, Braun u. Wiegand, Fr. Aebau, Otto Stoye und J. F. Weber Nachf. beliefert werden, haben den zur Verteilung kommenden Sirup am Dienstag, den 4., Mittwoch, den 5. und Donnerstag, den 6. Juni, bei diesen Firmen abzuholen. Die übrigen Kleinhändler werden später beliefert werden. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 3. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Arbeitsmarkt

Wir suchen für unseren kriegswirtschaftlichen Betrieb sofort mehrere tüchtige

Automobil-Monteure.

Automobil-Handelsgesellschaft Strecker m. b. H., *427
Bochum, Kaiserstraße 54.

Maurer, Zimmerer und Arbeiter
stellt ein
Arbeitsnachweis für das Baugewerbe
Martinsberg 9.
419

Schlosser und **Schmiede** 694
werden eingestellt.
Wienrich & Co.,
Feldbahnfabrik,
Halle (S.), Merseburgerstr. 45k.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 770
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Raffineriest. 43.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180603-18/fragment/page=0004

Die ungarische Enttäuschung.

Von J. Varga-Budapest.

Die Welle der russischen Revolution hatte auch in Ungarn einen etwas freieren Kurs herbeigeführt. Der seit zwei Jahrzehnten während Kampf der ungarischen Arbeiter um das allgemeine Wahlrecht schien endlich zu einem Ergebnis zu gelangen. Das reaktionäre Ministerium Tisza, das zugleich die unbedingte Unterstützung alldeutscher imperialistischer Absichten bedeutete, mußte unter dem Druck einer großen Arbeiterbewegung einer neuen Regierung Platz machen, die ausdrücklich zur Unterstützung der Wahlreform im Juni vorigen Jahres eingesetzt wurde. Die neue Regierung war eine Minderheits-Regierung. Es hieß, sie werde, im Falle die reaktionäre Tisza-Partei ihre Zustimmung zur Wahlreform verweigere, das Parlament auflösen und sich durch Neuwahlen die Majorität im Parlament sichern. Die sozialdemokratische Partei hatte mit den die Regierung unterstützenden Minderheitsparteien ein Abkommen geschlossen, das das Mindestmaß der Wahlrechtserweiterung enthielt, das die Arbeiterschaft anzunehmen geneigt sei. Auch galt es als selbstverständlich, daß die Regierung vor allem andern die Wahlreform durchzuführen habe.

Die ungarländische sozialdemokratische Partei geriet auf diese Weise in eine ganz eigenartige Lage! Ohne parlamentarische Vertretung, ohne Anteil an der Regierungsmacht mußte sie die Minderheits-Regierung gegen die reaktionäre Mehrheit in ihrer Presse unterstützen. Dieser Zustand wäre für eine kurze Spanne Zeit erträglich gewesen. Auf die Dauer ergaben sich ganz unhaltbare Situationen. Die von der Arbeiterschaft unterstützte Wekerle-Regierung war eine rein bürgerliche Regierung. Ihre auswärtige Politik, soweit in Ungarn von einer auswärtigen Politik der Regierung überhaupt die Rede sein kann, war die des Aushaltens bis zum endgültigen Sieg.

Die Ernährung der Arbeiter wurde von Monat zu Monat schlechter. Was die Vereins- und Versammlungsfreiheit anbelangt, brachte der Regierungswechsel einige Erleichterung, die von der Arbeiterschaft zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen mit gutem Erfolg ausgenutzt wurde. Die Zahl der organisierten Arbeiter vermehrte sich im Laufe des Jahres 1917 von 58 000 auf 215 000!

Indessen, die Organisationsfreiheit galt nur so lange, als die Gewerkschaften sich jeder der bürgerlichen Regierung unangenehmen Meinungsäußerung in bezug auf Krieg und Frieden enthielten.

Es ergab sich so auf die Dauer ein Zwiespalt in die Reihe der Arbeiter. Um die das Wahlrecht verheißende Regierung nicht zu stürzen, sollten Ernährungsschwierigkeiten, Zensur, Imperialismus, Verfolgungen und Verhaftungen ruhig hingenommen werden! Dies war um so schwerer zu ertragen, als es sich allmählich langsam herausstellte, daß die Regierung und der Wiener Hof es mit der Wahlreform durchaus nicht eilig haben. Monat um Monat verstrich ohne Ergebnis. Mit gemessener Langsamkeit wurde die Vorlage fertiggestellt. Monate vergingen, bis sie im Wahlrechtsausschuß zur Beratung gelangte. Die bürgerlichen Parteien, und nicht in letzter Reihe die Regierung, zogen die Sache hin, um hierdurch die Arbeiterschaft von schärferen Massenaktionen fernzuhalten. Die Bolschewiki-Revolution vermehrte die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit dieser Politik: die Unzufriedenheit machte sich in dem an den österreichischen Generalstreik anschließenden allgemeinen Streik der ungarischen Arbeiterschaft Luft, der durch die bekannten Erklärungen des Grafen Czernin und der neuerlichen feierlichen Versprechung der schleunigen Durchführung der Wahlreform nur schwer beendet werden konnte. Große Teile der Arbeiterschaft wollten die Arbeit auf diese Versprechungen hin nicht wieder aufnehmen. Die Parteileitung gab ihre Demission.

Ein Mitte Februar abgehaltener außerordentlicher Parteitag wählte zuvor die Parteileitung einstimmig wieder: aber die Strömung des Parteitages war gegen die bisher befolgte Politik. Scharfe Reden wurden gegen die Regierung wegen der reaktionären Handhabung der Zensur und der Verschleppung der Wahlreform laut. Dabei blieb es jedoch. Die opportunistische Taktik wurde fortgesetzt.

Der Zusammenbruch des deutschen Streikes und die Niederlage der Bolschewiki gab dem freiheitlichen Kurs den Rest. Die Reaktion wurde immer offener. Die Versammlungsfreiheit wurde neuerdings eingeschränkt, die Organisation der Privatbeamten aufgelöst. Die Organisations-Versammlungen der städtischen und Staatsbeamten immer wieder mit Gewalt auseinandergejagt, die Führer gemaßregelt, eine Bewegung der Metallarbeiter in den Munitionsfabriken für den Achtstundentag mit Einwilligung der Regierung und der militärischen Behörden durch eine allgemeine Aussperrung vereitelt. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wiederholten sich in rascher Folge. Der König verweigerte der Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des Parlaments; die Regierung, welche zur Durchführung der Wahlreform gebildet wurde, in der aber die Gegner der radikalen Reform in der Mehrheit waren, gab ihre Demission. Die Ernennung Burians, der nichts anderes als ein Strohmann Tiszas ist, zeigt die Rückkehr zum alten reaktionären Kurs ...

Für die Führer der ungarischen sozialdemokratischen Partei ist dies eine schwere Enttäuschung. Die Politik des Zusammengehens mit den bürgerlichen, angeblich fortschrittlichen Elementen hat sich wieder einmal als unrichtig erwiesen! Diese sind nur so lange fortschrittlich, als der Druck der Arbeiterschaft von außen oder von innen andauert. Der Fehler der Politik der ungarischen Partei war, zu viel Vertrauen in einzelne deklamierende bürgerliche Politiker gesetzt zu haben. Nun ist die Lage wenigstens geklärt. Wekerle, der ursprünglich die Regierung mit dem Programm der sofortigen Durchführung der vereinbarten Wahlreform übernahm, führte nunmehr die Regierung an der Spitze eines Ministeriums weiter, an dem kein exponierter Wahlrechtsfreund mehr teilnimmt. Der unerträgliche Zwiespalt der halboppositionellen Politik, welche die Arbeiter und teilweise anarchistischen Strömungen zugänglich gemacht hat, hört auf. Ein offener, ehrlicher Kampf beginnt. Freilich, die Entscheidung über den Ausgang wird nicht in Ungarn, sondern in der äußeren Politik fallen. (B. z.)

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. Juni 1918.

Zuckerzulage gegen Kürzung des Einmachezuckers.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz fühlt sich durch die Mitteilungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß keine „Anrechnung" der Zuckerzulage an Stelle der verkürzten Brotration auf die Einmachezuckermenge erfolge, die von seinem Ausschuß behauptet worden war, und beruft sich auf die von Herrn Unterstaatssekretär Dr. August Müller in der Pressekonferenz im Kriegsernährungsamt gemachten Ausführungen.

Der Kriegsausschuß hat demgegenüber folgendes festzustellen: Herr Unterstaatssekretär Dr. August Müller sprach bereits in der erwähnten Korrespondenz davon, daß in diesem Jahre allerdings weniger Einmachezucker als im vergangenen Jahre zur Verfügung stände. Das gab dem Kriegsausschuß Veranlassung, bei der Reichszuckerstelle Erkundigungen einzuziehen, die ergaben, daß diesmal nur zwei Drittel (600 000 statt 900 000 Doppelzentner) der vorjährigen Einmachezuckermenge zur Verfügung stehen, so daß also in Wirklichkeit die Zulage auf Kosten der Einmachezuckermenge erfolgt. Ob man das nun „Anrechnung" oder Kürzung oder wie sonst immer nennt, kommt wohl auf dasselbe heraus und ändert an der Tatsache nichts. Welcher „zuständigen" Stelle die Lokalkorrespondenz die Kenntnis verdankt, ist auch gleichgültig, da die Reichszuckerstelle ja wohl die zuständigste Stelle sein dürfte.

Spottet seiner selbst ...

Der Parteivorstand der Regierungssozialisten hatte bekanntlich aus der Redaktion des Vorwärts sämtliche unabhängigen Redakteure hinausgeworfen, obzwar er sich damit in schärfsten Gegensatz zu der Groß-Berliner Parteiorganisation setzte, ohne deren Zustimmung solche Aenderungen am Vorwärts überhaupt unmöglich waren. Der Mann, der im abhängigen Zentralorgan jetzt die Rubrik Parteinachrichten zu verantworten hat, scheint aber wirklich nur ein Kriegsersatz zu sein. Denn ein etwas stärkeres Gedächtnis wäre ihm zu gönnen. Das ihm das fehlt, hat ihm kürzlich sogar die Magdeb. Volksstimme attestiert, als er vom Abg. Haupt sprach, der zu den Unabhängigen übergetreten wäre, wo doch Haupt weder Abgeordneter noch Unabhängiger ist.

Jetzt schreibt der Vorw. gedankenschwer zum Fall Herzig:

„**Maßregelungseifer der Unabhängigen.**

Nach dem Hallischen Volksblatt haben die Funktionäre des Unabhängigen Vereins für Halle und den Saalkreis nach einem Bericht des Abg. Albrecht den Beschluß gefaßt, den bisherigen Geschäftsführer Herrn Wilhelm Herzig am 30. Juni zum 30. September d. J. zu kündigen und seines Postens am Verlag Volksblatt sofort zu entheben. Bei Weigerung Herzigs, der Entlassung nachzukommen, ist eine gerichtliche Verfügung zu erwirken."

Der Vorw. ist bis auf die Rubrik Parteinachrichten annektionistisch verseucht. Und daher wohl die Verwirrung aller Begriffe und die Gedächtnisschwäche bei ihm. Denn im Falle Herzig von Maßregelungseifer zu sprechen, ist allerhand. Der Vorw weiß doch sicher, weshalb seinem Hallischen Schützling der bisherige Einfluß durch die Eigentümer des Blattes genommen werden soll; er sollte aber auch wissen, daß von einem Eifer zu allerletzt gesprochen werden darf. Denn unmöglich gemacht als Geschäftsführer des Volksblattes hat sich Herzig schon seit vielen Monaten.

Aber damit wir die Hauptsache nicht vergessen, was die Ueberschrift des Vorw. so überaus originell macht und uns an dem Gedächtnis des Verfassers jener Notiz zweifeln läßt: Herzig schmeißt, ohne daß er ein Recht dazu hat, seine beiden Mitgesellschafter und Mitgeschäftsführer Reiwand und Jähnig aus der Vertragsgesellschaft heraus, in der er überhaupt nur als Treuhänder sitzt. Dagegen hatte der Vorw. nichts einzuwenden; das war kein Maßregelungseifer. Aber wenn nun nach langem, fast allzu langem Zusehen der Spieß umgedreht wird auf dem Wege, den Herzig durch seinen Anstellungsvertrag als zu Recht bestehend anerkannt hat, dann wird au weih! geschrien.

Städtischer Wohnungsnachweis.

Mit dem Tage des Inkrafttretens der Polizeiverordnung über die Pflicht zur Wohnungsmeldung, dem 15. Mai, ist der städtische Wohnungsnachweis eingerichtet worden. Nach der Polizeiverordnung sind die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter, die Vermieter von einzelnen Zimmern, gleichgültig ob sie möbliert oder unmöbliert sind, und von Schlafstellen verpflichtet, alle leerstehenden und freiwerdenden Wohnungen, Geschäftsräume, Einzelzimmer und Schlafstellen binnen drei Tagen nach der Kündigung, Aufhebung des Vertragsverhältnisses oder dem Eintritt der Vermietbarkeit dem städtischen Wohnungsnachweis auf den vorgeschriebenen Vordrucken anzumelden und im Falle der Vermietung binnen drei Tagen nach Abschluß des Mietvertrages abzumelden. Die Vordrucke zu den Meldungen sind in den Polizeirevieren, im Geschäftszimmer des Wohnungsnachweises, Rathausstraße 19, Erdgeschoß, Zimmer 50 und der Geschäftsstelle des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, Barfüßerstraße 15, unentgeltlich zu haben. Die An- und Abmeldungen sind bei den Polizeirevieren oder dem städtischen Wohnungsnachweis einzureichen.

Auf Grund der eingehenden Meldungen vermittelt der Wohnungsnachweis die Vermietung von Wohnungen, Geschäftsräumen, einzelnen Zimmern sowie Schlafstellen; die Vermittlung ist sowohl für den Vermieter wie für den Mieter vollständig kostenlos.

Im Interesse einer möglichst restlosen Erfassung aller verfügbaren Räume ist es dringend notwendig, daß alle zur Verfügung stehenden Wohngelegenheiten gemeldet und die Meldungen so schnell als möglich und möglichst vollständig erstattet werden. Die Vorschriften über die An- und Abmeldung müssen daher streng beachtet werden. Zuwiderhandlungen hiergegen werden nach § 6 der Polizeiverordnung bestraft. Bei der bestehenden großen Wohnungsknappheit ist die gewissenhafte Beobachtung der Meldevorschriften im allgemeinen Interesse dringend geboten.

* **Die Versicherten-Vertreter in den Hallischen Krankenkassen** werden zu einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung eingeladen, die nächsten Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Volkspark stattfindet. Es soll über die so nötige Ausgestaltung des Krankenkassenwesens in Halle gesprochen werden. Auch die Ausschußmitglieder sind als Gäste willkommen.

* **Verlustliste der Namenlosen.** Die Heeresverwaltung gibt eine neue Art von Verlustlisten heraus, deren erste Nummer soeben erschienen ist. Die Listen sind, wie die Deutsche Uhrmacherzeitung meldet, nur für die Verbreitung an Uhrmacher bestimmt, und zwar führen sie systematisch geordnet alle Uhrmacherzeichen auf, die in den bei den unbekannt verstorbenen Heeresangehörigen gefundenen Uhren entdeckt wurden. Bekanntlich pflegen die Uhrmacher in die von ihnen verkauften oder reparierten Taschenuhren im Innern kleine Zeichen mit laufenden Nummern einzukratzen, so daß sie jederzeit feststellen können, ob die betreffende Uhr bei ihnen gekauft oder repariert wurde. Mit Hilfe der dem Zeichen angefügten Nummern sind die Uhrmacher in der Lage, in ihren Büchern den Namen desjenigen festzustellen, dem sie die Uhr verkauft oder repariert haben. Diesen Umstand hat sich die Zentralstelle für Nachlaßsachen des Kriegsministeriums zunutze gemacht und eine eigene Verlustliste mit diesen systematisch geordneten Uhrmacherzeichen herausgegeben. Es ist zu hoffen, daß dieser Versuch, die Namen der unbekannt verstorbenen Heeresangehörigen zu ermitteln und deren Verwandten Gewißheit über das Schicksal der Vermißten zu geben, von Erfolg gekrönt sein wird.

* **Ein Verzeichnis gefundener Wertgegenstände deutscher Heeresangehöriger** wird im Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht. Nr. 110 vom 11. Mai 1918, 3. Beilage, betrifft das in Frankreich Gefundene. Verlierer und Eigentümer werden aufgefordert, binnen 10 Wochen nach Erscheinen der Bekanntmachung beim Kriegsministerium, Zentralstelle für Kriegsbeute, Berlin, Schützenstraße 3, ihre Rechte anzumelden.

* Ackerverpachtung des Bundes für Volkskraft. Die beiden Aecker an der Delitzscher Straße verbleiben dem Bunde zunächst bis zum 1. Oktober 1919. Diejenigen Kleinpächter, die in diesem Jahre dort Land haben und die Pacht verlängern möchten, werden ersucht, bis spätestens zum 15. Juni auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen unter Einzahlung von 1 Mk. Kaution pro Parzelle. E. Abderhalden.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, findet eine Wiederholung der Operette Die Rose von Stambul statt. Morgen, Dienstag, gelangt die Oper Gloria Arsena zur Aufführung. Der Mittwoch bringt eine Aufführung des Dreimäderlhauses. Donnerstag (neu einstudiert) Die Stützen der Gesellschaft, Schauspiel in 4 Akten von Ibsen. Freitag Die Försterchristl.

* **Schaukastendiebstahl.** In der Nacht zum Sonntag wurde die Scheibe eines Schaukastens in der Leipziger Straße zertrümmert und aus demselben sechs seidene Röcke im Werte von etwa 800 Mk. gestohlen.

* **Neuartige Betrügereien** hat angeblich Ingenieur Oskar Hermann Hugenberg, 28. 2. 1889 in Elbing geboren, der vor einigen Tagen hier festgenommen wurde, verübt. Während er sich in dem Rheinland aufgehalten hat, hat er sich aus dort erscheinenden Zeitungen Firmen gemerkt, die Arbeiter suchten. Von Halle aus hat er ihnen solche in gewünschter Zahl angeboten. Diejenigen Firmen, die sich daraufhin an ihn wandten, benachrichtigte er, daß die Arbeiter an einem bestimmten Tage abreisen könnten, wenn vorher der Reisekostenbetrag an ihn eingesandt würde. Dieser war gewöhnlich nicht etwa abgerundet, sondern so gehalten, daß angenommen werden konnte, er wäre mit größter Gewissenhaftigkeit festgestellt worden. Um noch weiter etwaigem Mißtrauen zu begegnen, schrieb der Beschuldigte, daß er nicht auf Verdienst für die Arbeitervermittlung angewiesen wäre, da er als Ingenieur ein gutes Einkommen hätte, und daß er Reserveoffizier und Inhaber des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse und wegen Verwundung aus dem Heeresdienst entlassen wäre. Um die Firma ganz sicher zu machen, sandte er ihnen sogar ein namentliches Verzeichnis der Arbeiter ein, aus dem noch der letzte Arbeitgeber eines jeden ersichtlich war. Während es sich bei letzteren um fast allgemein bekannte Werke handelte, waren aber die Namen der Arbeiter erfunden. Mehrere Firmen haben die verlangten Geldbeträge eingesandt und werden sie einbüßen, andere sind vor Schaden bewahrt geblieben, weil sie es vorgezogen hatten, Vertreter hierher zu senden, um persönlich mit dem „Herrn Ingenieur" zu verhandeln. Weit mehr Firmen haben es einem dieser Herren zu danken, daß nicht auch sie geneppt worden sind. Diesem Herrn stiegen Zweifel auf, weshalb er sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung setzte. Diese sah sich den „Ingenieur" schleunigst näher an und fand, daß es sich um einen Betrüger handelte. Als der Beschuldigte überführt war, daß er nicht Hugenberg heißt, nannte er sich Oskar Bruno Holzmann, 23. 8. 1889 in Danzig geboren. Aber auch dies ist nicht sein richtiger Name, so daß es noch nicht feststeht, wie er eigentlich heißt. Laut einer nachträglich eingegangenen Anzeige eines Herrn in Barmen, den er um 420 Mk. betrogen hat, hat der Beschuldigte sich auch Ingenieur Ernst Riepe genannt. Er hat hier mehrere Tage Magdeburger Straße 37 III. gewohnt, sich aber nicht anmelden lassen. Um jederzeit abreisen zu können, hatte er in einem Hotel eine Handtasche mit den notwendigsten Sachen abgegeben. Bemerkt wird, daß der linke Ellbogen des Beschuldigten anscheinend durchschossen ist, was er auch angibt. Außerdem will er einen Lungenschuß erhalten haben. Wer über den Beschuldigten Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 28, zu melden.

* **Wem gehört der Handwagen?** In der Nacht zum 30. 5. ist ein Handwagen unter Umständen, die auf einen Diebstahl schließen lassen, gefunden worden. Derselbe ist 95 Zentimeter lang, 62 Zentimeter breit und nicht gestrichen. An der Stange befindet sich ein eiserner, eirunder Griff, der mit drei Schrauben befestigt ist. Der Wagen ist mit Seitenbrettern und einem Vorder- und Hinterschutz ausgesetzt. Der Eigentümer oder Personen, die Angaben machen können, wollen sich bei der Kriminalpolizei, Drehhauptstraße 4, Zimmer 37 oder 40 melden.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Gastspiel Herm. Feiner im Apollotheater. Wiederum steht den Theaterbesuchern ein interessantes Gastspiel bevor: Hermann Feiner, der bekannte frühere Oberspielleiter und 1. Operettentenor des Theaters des Westens in Berlin, zugleich der Autor der zurzeit mit großem Erfolg gegebenen orientalischen Operette Das blonde Glück, wird am Dienstag, den 4. und Mittwoch, den 5. Juni, den Pascha Salem Ben im Das blonde Glück singen. Die Vorstellungen beginnen pünktlich ¾8 Uhr. Die Kassepreise sind trotz der hohen Kosten nicht erhöht worden. Vorverkauf zum Gastspiel täglich von 9 bis 1 Uhr und 5 bis ½7 Uhr. im Theaterbureau.

Schiepzig. Diebstahl. Dem Landwirt R. Wegeleben aus Schiepzig wurde in der Freitagnacht ein Schwein von über einem Zentner Gewicht im Stalle abgeschlachtet und mitgenommen, sowie einige Hühner.

Löbejün. Butterausgabe heute (Montag) und Dienstag für zwei Wochen. Am ersten Tag bis 1000, die übrigen Dienstag!

Könnern. Wucher mit Grünfutter. Einem Hallischen Blatt wird von hier geschrieben: Viele Landwirte wenden jetzt den Trick an, daß sie ihre Roggenfelder, die keineswegs als mißraten angesehen werden können, als Grünfutter verfüttern, während sie die Kleefelder parzelliert an die kleinen Leute meistbietend verpachten. Infolge der Futternot sind die Leute gezwungen, sich gegenseitig zu überbieten, und so kommt es, daß Kleestücke von zwei Morgen Größe den Besitzern 650 bis 800 Mk. und noch mehr einbringen, was natürlich bei der allergünstigsten Roggenernte ausgeschlossen ist. — Da müßten die Behörden, vor allen Dingen die Gendarmen, mal nach dem Rechten sehen!

Stadt-Theater.

Der Troubadour. Ein Versuch, die deutschen Troubadour-Aufführungen aus der Aschenbrödelrolle, die sie an unseren Theatern zu spielen haben, emporzuheben und sie vom Fluche der Lächerlichkeit und der unfreiwilligen Komik, die sie zumeist begleitet, zu befreien, wäre sicherlich kein Beginnen, das zur Erfolglosigkeit verdammt ist. Verdi hätte die in Einzelheiten dem Stoff gegenüber sicherlich etwas sorglose, im ganzen aber doch inspirierte und in ihrer Art geniale Troubadour-Musik nicht schreiben können, wenn in dem Textbuch, das wir aus einer verballhornisierenden Uebersetzung nur noch als Zerrbild zu sehen bekommen, nicht wirklich gute und ergiebige Operngestalten, nicht kräftige und gesunde dramatische Konflikte und wirksame szenische Situationen vorhanden wären. Zu einer sorgfältigen neuen Uebersetzung und einer dramaturgischen Retuschierarbeit müßten allerdings auch durchgreifende Revisionen der szenischen und musikalischen Wiedergabe dieser Oper hinzutreten, die jetzt im wesentlichen als bequemer Lückenbüßer künstlerisch nur so eine Art Gnadenbrot genießt. Auch die gestrige Aufführung (Spielleitung August Roesler), die sich wohl der unglaublichen Kogelschen Uebersetzung bedient, ist ziemlich weit von ehrgeizigen Absichten dem Werke gegenüber entfernt, bewegte sich aber trotzdem auf ansehnlicher Höhe. Einen kleinen Anlauf, die Oper musikalisch aufzufrischen, der gestern unternommen wurde, wird man außerdem dankbar begrüßen. Ausgezeichnet waren die Hauptpartien besetzt. Die Tenorparaderolle des Manriu sang Oskar Bolz, der sich glän-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180603-18/fragment/page=0005
DFG

tend bei Stimme, mit der berühmten Stretta einen starken Erfolg holte (vernünftigerweise wiederholte er sie trotz der Dacapo-Rufe nicht), nachdem er zuvor schon mit der innigen Wiedergabe des ihr vorangehenden rührenden Adagiosatzes sich erneut als Sänger von Geschmack und Wärme zur Geltung gebracht hatte. In der Leonorenpartie, die bekanntlich bedeutende Anforderungen, dramatisch sowohl wie im Ziergesang, stellt, zeigte Tilly Schmidt vom Hoftheater Altenburg als Gast ihre reiche Kunst. Die Stimme, ein echt dramatisch-leuchtender Sopran, klang selten schön; ihr Spiel war namentlich im letzten Akt von erschütternder Wirkung. Schade, daß diese ausgezeichnete Künstlerin nicht als Ersatz für Dina Mahlendorff für unsere Bühne gewonnen werden kann. Die Azucena sang wohl zum erstenmal Katharina Eichenberg. Es sind ja keine allzu großen Stimmittel, die dieser jungen Sängerin zur Verfügung stehen, aber sie verwendet ihr Material so geschickt, daß der Gesamteindruck ihrer Leistung immerhin interessieren mußte. Die Art des Vortrages sowie die dramatische Anlage der Rolle zeugten von gutem Talent. Den Grafen Luna vertrat Julius Neudörffer, der sich gut mit dieser Aufgabe abfand, auch gesanglich sehr Anerkennenswertes bot. Anton Neuhausen war in der kleinen Rolle des Fernando ausreichend, desgleichen Margarete Ziemann als Inez. Durch frische Tempi und straffe Rhythmik erfuhr die Partitur unter Karl Möhren eine lebensvolle Wiedergabe. Das Publikum zeigte sich mit Recht sehr beifallsfreudig.

Aus der Provinz.

Die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918.

Die am Freitag ausgegebene Nummer 78 des Reichs-Gesetzblattes enthält die am 29. Mai vom Bundesrat erlassene Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918. Die neue Reichsgetreideordnung unterscheidet sich von der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (leider! Rd.) nur unwesentlich.

Von wichtigeren Neuerungen seien folgende hervorgehoben: Zunächst sind Mais und Lupinen in die neue Reichsgetreideordnung einbezogen worden. Bei der Knappheit der Lebensmittel muß grundsätzlich darauf hingewirkt werden, den Mais, dessen Anbau in Deutschland sich im Krieg erheblich vermehrt hat, zur menschlichen Ernährung heranzuziehen und ihn ebenfalls durch die Reichsgetreidestelle bewirtschaften zu lassen. Ferner sind mit Erfolg Versuche gemacht worden, die Lupinen nach Entbitterung zur menschlichen Ernährung zu verwerten. Die Bewirtschaftung der Lupinen durch die Reichsgetreidestelle ist daher ebenfalls erforderlich. Da die Beschlagnahme erst mit der Trennung vom Boden eintritt, wird die Verwendung von Lupinen zur Gründüngung durch ihre Einbeziehung in die Reichsgetreideordnung nicht berührt. Die Grünfütterung von Mais und Lupinen bleibt nach wie vor zulässig.

In Anlehnung an die Brotgetreideverordnung vom Jahre 1916 werden die zur Ernährung der Selbstversorger und zur Bestellung der Grundstücke den Landwirten zu belassenden Mengen in der neuen Verordnung selbst genannt. Die Sätze entsprechen im allgemeinen denen des Vorjahres. Hinsichtlich der zur Fütterung bestimmten Mengen erschien es zweckmäßig, die Festsetzung dem Reichskanzler zu überlassen, die im August getroffen werden wird.

Die Geschäftsführung der Reichsgetreidestelle wird dadurch besonders erschwert, daß am Ende des Wirtschaftsjahres die Zahl der von ihr zu versorgenden Bezirke durch den Zuwachs der Teilselbstbewirtschafter wächst. Daher ist eine Beschränkung des Rechts der Selbstwirtschaft auf solche Kommunalverbände erfolgt, die nach den Erfahrungen der Wirtschaftsjahre 1916 und 1917 mit ihrer Brotgetreideernte ihre Bevölkerung wenigstens bis zum 15. Juni 1919 ernähren können.

Wie sind die hohen Preise für Ferkel und Jungschweine zu erklären?

Auf diese Frage gibt die Allgemeine Viehhandels-Zeitung eine höchst bezeichnende Antwort. Nach einem kleinen Seitenhieb auf den Verbraucher, „der anstandslos den zwanzigfachen Friedenspreis für ein Industrie-Erzeugnis, so z. B. für Sirup bezahlt, wird erklärt, daß die hohen Preise den wirtschaftlichen Wert des Tieres auf Grund der Unkosten für Haltung, Pflege, Fütterung usw. einschließen, ferner eine Kriegsprämie für wirtschaftliches Durchhalten! „Ohne Aussicht auf diese Kriegsprämie, die eigentlich das Kriegsernährungsamt bzw. die Provinzialfleischstellen zahlen sollten, wäre wahrscheinlich der Rückgang der Schweinezucht in noch viel größerem Maßstab erfolgt. Die hohen Preise für Ferkel sind eine in jeder Beziehung gerechtfertigte Prämie unserer klein- und mittelbäuerlichen Züchter für kriegswirtschaftliches Durchhalten in einer Zeit, die in dem Schweine- und Ferkelmord die Rettung des Vaterlandes erblickte." Daß gegen diese selbstverschafften Prämien alle Frühdrusch-, Kartoffelanbau- und andere Anreizprämien ein wahres Kinderspiel sind, möge man aus dem folgenden Beispiel entnehmen: In dem Dorfe Stöcken (Provinz Hannover) warf eine Sau des Hofbesitzers Köhnsen 15 Junge. Alle diese Tiere waren gesund und kräftig. Beim Verkauf an den Viehhändler strich der Hofbesitzer 2500 Mark ein (ein Pfund stellte sich auf ungefähr 7 Mark), die beiden letzten Würfe der Sau brachten 1200 und 1650 Mark ein. Daß die Gewinne des Viehhandels an diesen Würfen entsprechend groß waren, darf man, namentlich nach dem warmen Eintreten der Viehhandels-Zeitung für die Züchter, wohl ohne weiteres annehmen. Wenn man übrigens nicht nur Anreizprämien, sondern auch Durchhalteprämien einführen will, so dürften darauf vor allem die städtischen Verbraucher Anspruch haben!

Die Städter können diesem Treiben verhältnismäßig gleichgültig gegenüberstehen, denn für sie ist Schweinefleisch ja schon lange ein unbekannter Genuß geworden. Aber für die kleinbäuerliche und Arbeiterbevölkerung auf dem Lande, soweit sie nicht selber als Züchter in Betracht kommt, sind diese Zustände unerträglich. Die „Erklärungen" der Viehhandels-Zeitung zeigt den Verbrauchern und auch den amtlichen Stellen, auf welche Wege uns der freie Handel und die Roesickeschen Anträge bringen werden.

Merseburg. Bauarbeiterverband. Eine am 29. Mai im Restaurant zum Tivoli tagende Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Diskussion über den Bericht im Verbandstag. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1918. 3. Verschiedenes. Ueber den Verbandstagsbericht, den unser Delegierter am 7. Februar erstattet hatte, entspann sich eine lebhafte Debatte. Einige Diskussionsredner hießen die Beschlüsse des Verbandstages gut, bemängelten nur die Haltung der Gewerkschaftsvorstände und Generalkommission in bezug auf die Kriegspolitik und das Hilfsdienstgesetz. Einige andere Redner äußerten sich im entgegengesetzten Sinne und waren mit der Haltung des Verbandsvorstandes einverstanden. Im zweiten Punkt verliest der Geschäftsführer Kollege Deege die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse ergeben 11 763,20 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme, einschließlich Kassenbestand, von 12 440,41 Mark, eine Ausgabe von 3093,06 Mk., es bleibt somit ein Kassenbestand von 9347,35 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 1795. Neu aufgenommen wurden 260 Kollegen. Die Fluktuation unter den Mitgliedern im Zweigvereinsgebiet ist sehr stark, so daß 436 Mitglieder verschwunden sind ohne Abmeldung. Die Revisoren sowie der Vorsitzende bestätigen die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wird. Im Verschiedenen wurden Anfragen einiger Mitglieder bezüglich Bezahlung der Zuschläge für den Himmelfahrtstag, warum nicht 100 Prozent bezahlt worden sind, dahin beantwortet, daß für die dringenden Arbeiten, die die Bauleitung des Leunawerkes angeordnet hat, 100 Prozent bezahlt sind. Für alle anderen Arbeiten werden nur, wie im Vertrag festgesetzt, 50 Prozent Zuschlag vergütet. Ferner wurde noch eine Differenz bei der Firma Kornagel (Kolonitbauten) zur Sprache gebracht, indem sie den Kalk- und Steinträgern die 5 Pf. Teuerungszulage erneut gekürzt hat. Die Angelegenheit wurde dahin erledigt, daß mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes die Sache besprochen werden soll. Ferner wurde Klage darüber geführt, daß eine große Anzahl Kollegen, bei den Bücherkontrollen ihre Verbandsbücher nicht vorzeigen. Diese Handlungsweise ist als unkollegial und organisationsfeindlich zu bezeichnen. Bei der großen Fluktuation und dem fortgesetzten Wechsel der Arbeitsstelle muß eine Bücherkontrolle von Zeit zu Zeit stattfinden. Es haben alle Mitglieder die Pflicht, auf ihre Nebenkollegen zu achten, daß sie organisiert sind und die Beiträge pünktlich bezahlen. Der Geschäftsführer fordert die Anwesenden auf, bei der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder die Delegierten kräftig zu unterstützen und dafür zu wirken, daß die Unorganisierten dem Verbande zugeführt werden. Er weist darauf hin, daß die Unternehmer im Baugewerbe während des Krieges sich stark organisiert haben, zu dem Zwecke, daß sie in gegebener Zeit nach dem Kriege gegen die baugewerblichen Organisationen einen kräftigen Schlag ausführen wollen. Harte gewerkschaftliche Kämpfe stehen den Bauarbeitern bevor, und deshalb ist es Pflicht eines jeden, sich der Organisation anzuschließen.

Gerbstedt. Was man sich gegen Arbeiterfrauen erlaubt. Zu dem hiesigen Arzte Dr. Haring kam die polnische Arbeiterfrau Kologenska aus Polleben, um seine Hilfe wegen erlittener Mißhandlungen zu erbitten. Der Vermerk auf dem Krankenschein lautet: Blutunterlaufene Flecken infolge erlittener Mißhandlung. Am Montag kamen die Arbeiterinnen zu dem Gutsbesitzer Herrn Freise in Polleben, um höhere Entlohnung zu erbitten, da sie bei Akkordarbeit beim Rübenhacken in fünf Tagen nur 18 Mk. verdient hatten. Der erst ganz kürzlich eingetroffene Inspektor Stephan . . . (der Familienname konnte noch nicht ermittelt werden) aber warf die Leute bei Seite, die genannte Arbeiterin will dreimal auf die Steine am Boden geworfen sein. Auch mit einem starken, mit Eisen beschlagenen Stocke hat er geschlagen, so daß obige Verletzungen die Folge waren. Der Herr Freise wollte die Mißhandlungen verhindern, aber der Herr Inspektor glaubte Schläge als rechte Antwort auf die Bitten der Leute erteilen zu müssen. Man denke, in heutiger Zeit, wo über Leutemangel geklagt wird, und jede Hand notwendig gebraucht wird, müssen fleißige Arbeiterinnen sich solche Behandlung gefallen lassen, müssen infolge erlittener Mißhandlung feiern. Die Frau ist noch heute arbeitsunfähig. Der Mann soll auch den Arzt telephoniert haben, die Frau nicht zu behandeln, da sie gesund sei. So hat die Frau auch für ihr Geld Einreibemittel kaufen müssen. Anzeige ist bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Wenn der Inspektor über soviel Kraft und Mut verfügt, so mag das zwar ganz erfreulich für ihn sein, er hätte aber diese Eigenschaften sich ruhig weiter an der Front auswirken lassen können, anstatt fleißige Leute im Inlande mit seinem Ueberschuß an Kraft zu beglücken.

Delitzsch. Ein neuer Verteilungsplan für Mager- und Buttermilch ist in Kraft getreten. Wir werden ihn morgen als Anzeige veröffentlichen.

Wittenberg. Kartellbericht. In der letzten Sitzung, nachdem die Eingänge mitgeteilt und besprochen, wurde nochmals die Frage der Anmeldepflicht der Sitzungen besprochen und eine Regelung der Angelegenheit dem Vorstande übertragen. Ferner befaßte sich das Kartell nochmals mit der Angelegenheit des Vorwurfes der „Unabhängigen Treibereien", der dem Kartell in der Hallischen Volksstimme gemacht worden war. Genosse Schaper erklärte, daß er sich geirrt habe, als er behauptete, im Grundstein sei derselbe Wortlaut des Artikels wie in der Volksstimme zu finden. Die einleitenden Zeilen fehlten im Grundstein. Aber auch gegen diese Fassung müsse in einem Teile Widerspruch erhoben werden, den er näher bezeichnete. Genosse Privenau bestritt die Verfasserschaft der Einleitung, bekannte sich aber für den übrigen Teil als Verfasser. Beschlossen wurde, drei Genossen (einen Bauarbeiter und zwei andere) mit der Abfassung und Einsendung einer Berichtigung an die Volksstimme über den Bauarbeiter-Versammlungsbericht von Wittenberg zu beauftragen, die dartun soll, daß im hiesigen Kartell „unabhängige Treibereien" nicht stattfinden. Die Metallarbeiter haben mittlerweile zu vier verschiedenen Malen versucht, in Piesteritz bzw. Kleinwittenberg Versammlungen zur Besprechung ihrer Lage abzuhalten. Keine der angemeldeten Versammlungen wurde genehmigt. Ueber dieselben Beschwerden klagte auch der Vertreter der Bauarbeiter. Ueber die Annahme der beschlossenen Erhöhung der Kartellbeiträge berichten alle Gewerkschaften bis auf die Bauarbeiter zustimmend. (Diese werden später beschließen). Sodann wurde noch die Bundesratsverordnung über die die Krankenkassen verpflichtenden höheren Leistungen verlesen. Ebenfalls die weitere, wonach Kassenmitgliedern, die anderweitig (bei Gewerkschaften) gegen Krankheit versichert sind, die Leistungen zum Teil gekürzt werden können. Die Sitzung war gut besucht.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 4. Juni: Wechselnde Bewölkung, kühl, nur strichweise geringer Regen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Verordnung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und des Gesetzes vom 11. 12. 1915, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand, wird unter Aufhebung sämtlicher Verordnungen über Schrotmühlen, insbesondere derjenigen vom 16. August 1917, im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes verordnet:

§ 1.

Als Schrotmühle im Sinne der Verordnung gilt ohne Rücksicht auf die Bezeichnung jede nicht gewerblich betriebene und sonstige Vorrichtung, die zum Mahlen, Schroten oder Quetschen von Getreide, Hülsenfrüchten oder Mais geeignet ist, mag sie für Hand- oder für Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein.

§ 2.

Die Benutzung von Schrotmühlen zur Zerkleinerung von Getreide, Hülsenfrüchten und Mais zu Speise- oder Futterzwecken ist untersagt.

Falls die Herstellung wirtschaftlich notwendigen Futterschrots in einer gewerblich betriebenen Mühle für den Unternehmer eines Betriebes mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, kann die untere Verwaltungsbehörde (Landrat, Kreisdirektor) für bestimmte Mengen von Getreide, Hülsenfrüchten oder Mais, die der Unternehmer zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehs verwenden darf, die Verarbeitung mittels Schrotmühle gestatten. Die unteren Verwaltungsbehörden können die Ortspolizeibehörden zur Erteilung der Erlaubnis ermächtigen.

Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die vom Kommunalverband auf Grund der Reichsgetreideordnung zur Ueberwachung der Selbstversorger erlassenen Anordnungen innegehalten sind. Die Geltungsdauer der Erlaubnis darf nicht weiter als einen Monat vom Tage ihrer Erteilung an erstreckt werden. Die Erlaubnis ist in der Regel an die Bedingung zu knüpfen, daß der Betrieb während der Zeit der Benutzung polizeilich beaufsichtigt wird.

Die Erlaubnis muß schriftlich erteilt werden. Der Erlaubnisschein muß den Namen des Unternehmers, die Menge und Art der zu verarbeitenden Früchte, sowie den Zeitpunkt enthalten, bis zu dem die Erlaubnis gilt; er ist nach Ablauf der Frist der ausstellenden Behörde zurückzugeben und von dieser aufzubewahren.

§ 3.

Jede entgeltliche oder unentgeltliche, dauernde oder vorübergehende Ueberlassung von Schrotmühlen oder Teilen von Schrotmühlen an andere ist untersagt. Das Gleiche gilt für Verträge, durch die eine Verpflichtung zu solcher Ueberlassung begründet wird (Kaufverträge und ähnliche).

Die untere Verwaltungsbehörde kann Ausnahmen von der Vorschrift im Abs. 1 zulassen.

§ 4.

Die Herstellung von Schrotmühlen und von Teilen von Schrotmühlen ist untersagt.

Die Reichsgetreidestelle kann Ausnahmen von der Vorschrift in Abs. 1 zulassen.

§ 5.

Es ist untersagt, sich in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, zum Erwerb oder zur Veräußerung von Schrotmühlen oder von Teilen von Schrotmühlen zu erbieten. — Eine Prüfungspflicht dahin, ob Anzeigen dem Verbote im Satz 1 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern, sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

§ 6.

Unternehmer von Mühlen und sonstigen Vorrichtungen der im § 1 bezeichneten Art, die nach dem 1. Januar 1916 ihren Gewerbebetrieb angemeldet haben, bedürfen einer Bescheinigung, der unteren Verwaltungsbehörde, daß die Anmeldung des Gewerbebetriebes nicht zur Umgehung der Vorschriften über die nichtgewerblichen Schrotmühlen erfolgt ist. Anderenfalls finden auf sie die Vorschriften dieser Verordnung Anwendung.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sowie die Anreizung und Aufforderung dazu werden, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Bei Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark erkannt werden.

Magdeburg, den 25. Mai 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

*428 Sonta[illegible], Generalleutnant.

Kreide, Gips, Cement, Leim und Kleister
wieder vorrätig. 738
Max Ott,
Steinweg 26.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Familien-Nachrichten.

Sozialdemokr. Verein f. Halle-Saalkreis (U. S. P.).

Am Sonnabend, d. 1. Juni, mittags 12 Uhr, verstarb nach schwerem Leiden unser Parteimitglied 802

Hermann Seyfart

im Alter von 34 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Dölau, den 1. Juni 1918.
Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr statt.

Metallarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 1. Juni, starb nach langem Krankein unser langjähriges Mitglied, der Kesselschmied 797

Hermann Seyfart.

Ehre seinem Andenken:

Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 4. Juni, nachmitt. 3 Uhr, vom Trauerhause, Dölau, Kröllwitzerstr. 8.

Um zahlr. Beteiligung ersucht
Die Orts-Verwaltung.

Gewindeschneiden.
Ein praktisches Hilfsbuch für Dreher mit vollständigen Tabellen, für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde.
Preis Mark 3.00.
Porto 10 Pfg.

Taschenbuch für Dreher u. Schlosser des Maschinenbaues.
Mit einer ausführlichen Anleitung zum Berechnen der Wechselräder beim Gewindeschneiden, sowie über das Fräsen, nebst vielen Tabellen.
Dauerhaft gebunden Mk. 3.85.
Porto 10 Pfg.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Zentralverband d. Zimmerer.
Zahlstelle Halle (S.).

Nachruf.

Am Freitag, 31. Mai, starb nach ¼ jähr., schwerer Krankheit unser Mitglied, der Zimmerer

Max Zach,

im 55. Lebensjahre. 798

Durch seine langjährige Treue zur Organisation hat sich derselbe ein ehrendes Andenken unter seinen Kameraden erworben.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 4. Juni 1918, nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Nord-Friedhofes aus statt.

Dieses den Mitgliedern zur Nachricht. **Der Vorstand.**

Ein guter **Kinderwagen** zu verk.
792 H. Schmiedstr. 33 II m.

Neu erschienen:
Blitz-Fahrplan,
Sommer-Ausgabe 1918
Preis 60 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (S.), Harz 42/44.

Für die Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem so schmerzlichen Verluste meines lieben Mannes, sagen tiefgefühlten Dank.

Alma Rehbaum und Kinder.

Diemitz, 1. Juni 1918. 793

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180603-18/fragment/page=0006